

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schötländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Dresden 10, Trebnitzer Straße 50. Herausgeber 460 39. Postleitzahl: Dresden 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Herausgeber 460 02. Sprechstunde der Redaktion: Montag bis Freitag von 17–18 Uhr. Filiale Redaktion: Görlitz, Lauter 6. Herausgeber 2381. Geschäftsstelle von 8–10 Uhr. — Verlagsstätte: Hansi, Verlagsgesellschaft Dresden 10, Trebnitzer Straße 50. Herausgeber 460 39.

Die Streiffront gegen Lohnabbau wächst

Trotz Terror und Streikbruchheze muß die rote Kampfeinheit in den Betrieben geschmiedet werden / Neue Streiks ausgebrochen / Durch Kampf Lohnabbau abgewehrt

Berlin, 7. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Streit der Zeitungsfahrer für den Straßenhandel, Zeitungszentrale (ZJ), hat mit einem vollen Erfolg geendet. Die Unternehmer mussten sich verpflichten, den alten Lohn weiter zu zahlen. Nach dem Sieg der ZJ-Zeitungsfahrer haben auch die Zeitungsfahrer des Verlages Messe durch Androhung des Streiks jeden Pfennig Lohraub verhindert.

*

Berlin, 7. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Zu Berlin sind gestern 600 Möbeltransportarbeiter unter Führung der KGD. in den Streit getreten. 70 Prozent aller Berliner Möbeltransportarbeiter streiken. Neben ihnen führen 9 Metallbetriebe, 3 Holzwerke, ferner die Zeitungsfabrik Borgers AG. und die Märkischen Textilwerke den Streik verschärfzt weiter. Bei den Märkischen Textilwerken vertrieb der Unternehmer, da er an die Geschlossenheit der Belegschaft nicht vertraut, vom Nachweis Streikbrecher zu bekommen. Ein Gewerkschaftsleiter hat der Nachweis bereits vermittelt. Diese haben die Streikbrucharbeit jedoch abgelehnt. Die Belegschaften von Nachmann und Schöning haben die Arbeit nach geschlossener Annahme von Resolutionen wieder aufgenommen, in denen die Streikbrecherrolle der reformistischen Führung außerordentlich scharf angeprangert und der KGD. das volle Vertrauen ausgesprochen wird.

*

Hagen (Westfalen), 6. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Belegschaften der Firmen Hagenauer & Sohn, Ruberg & Kienan, August Klassengenossen des Gaswerks Dürrgoy

Hezner, Eisenhalswerk Peitinghaus haben einen bedeutenden Teil ihrer Forderungen, und zwar die Herabsetzung des notverordneten Lohnabbaus bis zur Hälfte erfüllt, woraufhin die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Die Betriebe Böcker & Höhne und Baumüller in Hohenlimburg stehen noch weiter im Streit.

*

Auehausen, 6. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Belegschaft der Abteilung Schweißerei der Kruppischen Friedrich-Alfred-Hütte in Auehausen, die vorgestern in den Streit getreten ist, beschloß heute, trotz Verhaftung von drei Betriebsräten, den Streik geöffnet fortzuführen. Vom Arbeitsamt wurden zahlreiche Ermerksätze zur Streikbrucharbeit vermittelt. Diese lehnten jedoch die Aufnahme der Arbeit ab.

*

Essen, 6. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Seit Montag liegen die Montureure und Heizer der Heizierbranche in Essen im Streit.

Nierscheid, 6. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Hier treten eine Reihe von Belegschaften gegen den notverordneten Lohnabbau in mehrständige passive Resistenz, so bei der Firma Hinze und der Abteilung Formerei der PEG. Um behafteten Sollungen hat die Belegschaft von Brüderhaus & Sonnen die Arbeit wiedergegriffen. Am nächsten Vortag verbot die Polizei zwei Belegschaftsversammlungen, die zum Lohnabbau Stellung nehmen sollten.

In den Streit treten. Ferner zeigte er den Kollegen auf, daß man nicht einen Appell zur Organisierung ins Auge führen dürfe, sondern die Führer der SPD. und der Gewerkschaften richten sollte, weil sie ja gerade diejenigen sind, die die Notverordnungspolitik und damit den Lohnabbau nicht nur billigen, sondern aktiv mitihren um durchzuführen. Und die Führer der SP. und der KPD. fordern offen in ihren Aufrufen „Waffenstillstand und Einheitsfront“ mit diesen Streikbruchgenossen. Die Belegschaft müsse in dieser Versammlung einen Kampfauftakt wählen.

Der „Kampfappell“ wurde trotzdem von den Kollegen angenommen. Sie haben leider noch nicht die verbrecherische Rolle dieser Saboteure der wirtschaftlichen Einheitsfront gegen Lohnabbau und Faschismus erkannt. Die Leute haben durch ihre Phrasen verhindert, daß jetzt der Weg des ernsthaften Kampfes bestritten wird. Das wird uns trotzdem nicht hindern, die kampfwilligen Arbeiter ohne Unterstützung der Partei und Gewerkschaftsverbände für die rote Kampfeinheit zu gewinnen.

Dierig-Proleten, ihr habt jetzt das Wort

Breslau, 7. Januar. Gestern nachmittag fand eine von den Betriebsvertretungsleuten der SP. und der KPD. einberufene Belegschaftsversammlung des Gaswerks Dürrgoy statt. Die zu dieser Versammlung entsandten Redner der SP. und der KPD. gebrauchten radikale Worte gegen den unerhörten Lohnabbau, sprachen die Einheitsfront in ihrem Sinne und erklärten den Kollegen, man könne jetzt den Kampf noch nicht führen, man müsse ihn erst vorbereiten. Die von diesen Seiten eingebrachte und angenommene Einheitsfront ist ein Appell an die „proletarischen“ Parteien und Gewerkschaftsleitungen, sie sollen mithelfen den Kampf zu organisieren und zu führen.

Der Vertreter der KPD. erinnerte den Kollegen in kurzen Zügen die revolutionäre Streikstrategie und taktik und zeigte auf, wie man jetzt einen ernsthaften Kampf gegen Lohnabbau führen müßt. Die Kollegen müssen in dieser Versammlung ein Ultimatum an den Magistrat beschließen, wonach sie von ihm fordern, daß der Lohnabbau nicht durchgeführt werde, und bei Ablehnung desselben, daß sie

in den Streit treten. Ferner zeigte er den Kollegen auf, daß man nicht einen Appell zur Organisierung ins Auge führen dürfe, sondern die Führer der SPD. und der Gewerkschaften richten sollte, weil sie ja gerade diejenigen sind, die die Notverordnungspolitik und damit den Lohnabbau nicht nur billigen, sondern aktiv mitihren um durchzuführen. Und die Führer der SP. und der KPD. fordern offen in ihren Aufrufen „Waffenstillstand und Einheitsfront“ mit diesen Streikbruchgenossen. Die Belegschaft müsse in dieser Versammlung einen Kampfauftakt wählen.

Der Betriebsrat Teichgräber wandte sich gegen die Abschaltung einer Belegschaftsversammlung und erklärte in zählerlicher Weise, daß der DFB. in einer Versammlung der organisierten Textilarbeiter, den Mitgliedern erläutern werde, was jetzt zu tun sei! Er lehnte jeden ernsthaften Kampf gegen den Lohnabbau ab und erklärte, daß sie für die Entschließung nicht stimmen werden. Die christlichen Betriebsräte äußerten überhaupt nicht ihre Meinung und brachten damit gleichfalls zum Ausdruck, daß sie mit den Sozialdemokraten die Herstellung der Einheitsfront sabotieren werden. Die Entschließung ist nur mit den Stimmen der roten Betriebsräte angenommen worden.

Jetzt haben die Kollegen und Kolleginnen das Wort! Sie haben darüber zu entscheiden, ob mit der schärfsten Waffe des Kämpfens, mit dem Mittel des Streiks gegen den Lohnabbau angekämpft wird oder nicht! Die roten Betriebsräte müssen trotz der arbeiterfeindlichen Stellungnahme der reformistischen und christlichen Betriebsräte die Führung in der Organisierung des Kampfes haben. Die roten Betriebsräte sind die Kampfführer in den Betrieben gegen Lohnabbau und Faschismus! Stellt euch geschlossen hinter die KGD. die die organisierte und führende Kraft in diesem Kampfe am Lohn und Rent ist!

Nur durch den Streit werden wir in der Lage sein, die Angriffe des Unternehmertums zurückzuschlagen!

Die Abstimmung über die Entscheidung zeigte ein, daß die reformistischen und christlichen Betriebsräte diejenigen sind, die zu hörigen dem Unternehmertum und der freibürgerlichen Gewerkschaftsleitung leisten. Sie redeten ganz gegen den Lohnabbau,

Streikbrecher!

„Die gewerkschaftliche strafe Schulungsarbeit länger Fahrzehn ist nicht vergleichbar gewesen.“ „Vorwärts“ (Morgenausgabe) vom 5. Januar.

„... wenn Streikbewegungen nicht aus dem Arbeitsverhältnis herausmachen, sondern von außen und ohne Rücknahme auf die unter der Belegschaft herrschende Stimmung distanziert werden.“ Sendewicht-Blatt vom 5. Januar.

„Die Gewerkschaften werden ... nach wie vor allen unbefugten und gewissenlosen Streikmätern das gemeinschaftliche Handwerk legen.“ „Vorwärts“ (Abendausgabe) vom 5. Januar.

In den Tagen, wo der Lohnabbau auf Grund der dringlichen Notverordnung in Kraft treten sollte, traten in Berlin, an der Ruhr, am Niederrhein, in der Westfalen und in Mitteldeutschland eine Anzahl Betriebe und Betriebsabteilungen in den Streik. In Hunderten von Betrieben kam es zu Protestversammlungen innerhalb der Arbeitszeit und des Betriebes. In verschiedenen Betrieben in Berlin und im Reich wird zähleidigkämpft.

Schon die Teilstreiks und Teilstreiks haben mit einem Schlag die gesamte Öffentlichkeit beherrscht. Kein kapitalistisches und sozialdemokratisches Blatt, das nicht täglich in der Morgenausgabe an herausragender Stelle gegrunzen war, von der „Pleite“ des Streiks unter revolutionärer Führung zu berichten! Das zeigt die politische Bedeutung dieser Teilbewegungen.

Der „Vorwärts“ hatte die Notverordnungsseit für die proletarische Presse ausgenutzt, um zuerst provokatorisch über die Kapitulation der KGD. zu höhnen. Als es aber zu Streit kam, warf der „Vorwärts“ diese heuchlerische Maske von sich und zeigte das nackte Streikbrechergesicht der sozialdemokratischen Führerschaft. Wie der „Vorwärts“, so standen in den Betrieben die Gewerkschaftsführer mit der Waffe des Streikbuchs und gestützt auf die riesigen Polizeialtions des Sozialdemokraten Seizing bretzt, im Interesse des Unternehmers die Arbeiter zu den verkürzten Elendslöhnen in die Betriebe zu jagen. Gegen die „gemeingesetzlichen Streikmäher“ sehen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer als Hauptstütze der Brünings-Diktatur ihren gesamten Apparat ein.

Der „Vorwärts“ bringt jetzt die sozialdemokratischen Führer in empfindende Erinnerung bei den Herren Kapitalisten: Sieht, wie tödig wir sind! Wir können den Streikbruch sogar besser als die Nazis! Der „Vorwärts“ erinnert an die „gewerkschaftliche strafe Schulungsarbeit länger Fahrzehn“, die im Interesse der Kapitalisten „nicht vergleichbar gewesen ist“. Er schreibt, um die Unmöglichkeit der Sozialdemokratie für die kapitalistische Diktatur zu beweisen:

„Wenn man daran denkt, wie auch über den Kreis der Bergarbeiter hinaus in den deutschen Industrievierteln in diesen Tagen die Not durch alle Gassen schreit, wie überall der Lohnabbau den Hungersnöte noch eiger schnürt, dann grenzt es geradezu ans Wunderbare, daß der Funke der Streikparole der Kommunisten nicht gezündet hat.“

Die Not schreit durch alle Gassen — aber der „Vorwärts“ ist stolz darauf, daß eine Entwicklung der Streikstreits zur großen Massenbewegung noch einmal durch die sozialfascistischen Streikführer verhindert wurde! Die letzte Schmach, die ganze Verkommenheit, die völlige Skrupellosigkeit der sozialdemokratischen Führer im Dienste des Großkapitals spricht aus den Zeilen des „Vorwärts“.

Es gelingt ans Wunderbare, daß der Streikbruch noch einmal gelang — das sagen die Agenten des Kapitals in den Reihen der Arbeiterklasse. Das sagt die SPD. Das sagt die „eiserne“ Front. Diese Streikführer sind der Hauptfeind in den Reihen des Proletariats, gegen die es im Lebensinteresse der Millionen ausgebeuteten Proletarier nur einen Kampf bis zur Vernichtung ihres Einflusses geben darf.

Aber rechnen mit den Streikführern! Abrechnen mit den Leipart, Graumann, Brandes und Ulrich, diesen notorischen Laternen des deutschen Trustkapitals! Diese Aufgabe steht in den Betrieben, in den Gewerkschaftsversammlungen, auf den Stempelstellen.

Die Januar-Streiks gegen den Lohnabbau, deren politische Bedeutung allein schon durch das Notverordnungsstatut gekennzeichnet wird, fanden drei Monate nach der Gründung der sogenannten „Sozialistischen Arbeiter-Partei“ der Seppenwitz und Rosenfeld statt. Diese Partei, die als Wall gegen den Kommunismus gegründet wurde, erwies sich beim ersten tatsächlichen Kampf der Arbeiter als eine unmöglich

Aktivität der Gewerkschaften und Organisationen im Verkehr

„Der Streik ist ein sozialer Kampf“ ist die Devise der sozialdemokratischen Gewerkschaften unter dem Arbeitnehmerbevölkerung. Sie sind die „sozialen“ Führer des SPD, zur Zeit der Lage und des Streikbewegungen gegen die kapitalistischen Arbeitgeber. „Welle will der Streik?“ heißt die Schlagzeile eines Artikels der Sowjetischen Presse, die genau so im „Vorwärts“ steht. Die SPD-Führer, die im Berliner Gaswerk die zentralen Gewerkschaften unterdrücken, versuchen in jeder Weise ihre Streikpolitik „revolutionär“ zu betonen.

Der Arbeiter hat einen gewissen Anspruch: damit, dass seine Kraft in der Verbundenheit mit der Masse liegt, und prüft sich daran, diese Verbundenheit zu fördern. Das aber wird ihm nicht gelingen, wenn Streikbewegungen nicht aus dem Arbeitsverhältnis heraus werden, sondern von außen und ohne Rückhaltnahme an die unter der Belegschaft bestehende Stimmung gebracht werden. „Die dieser die Arbeiterschaft zu Opfern ist, ist eine Experimente gemacht wird, um schwieriger wird es, sie von der Gewerkschaft eines Streiks zu überzeugen.“

Was heißt: Die Beträger Seidenwitz und Rosenthal kommen mit der „linken“ Masse eines Biedermannes, um auf ihre zärtlichere Art vor den „Experimenten“ des sozialdemokratischen Kampfes gegen den Lohnabbau zu warnen. Wenn zu diesem Prozess Lohnabbau durchgebaut zu werden, dann wählt — nach der eigenartigen Logik dieser „Revolutionäre“ — der Kampf „nicht aus dem Arbeitsverhältnis“ heraus! Wenn selbst der „Vorwärts“ davon weiß, dass die Not durch die Wahlen schreit, und selbst Siegwalds Blatt „Der Deutsche“ von der „ausführlichen erläuterten und erregten Stimmung der Ruhrbergarbeiter“ berichtet, dann erzählt das Seidenwitz-Büschchen, dass seine Stimmung in den Betrieben sei.

In Wirklichkeit sind die Belegschaften an der Entwicklung ihrer gewaltigen Kraft nur durch die Streikbrecherpolitik der Leipart, Ulrich und Seidenwitz gehindert worden. Ihnen stand der Nazi-Hochebels in seiner Hebe gegen die „kommunistische Spiegeleitelei“ würdig zur Seite.

Die „linken“ Handlanger des Sozialdiktatums an der Spitze der Sowjetischen Partei möchten die Arbeiter zur willkürlichen Unterwerfung für den Lohnabbau durch den Hinweis auf drohende „Bedrohungen“ bewegen. Es ist in der Geschichte noch stets die Methode von opportunistischen Arbeiterverrätern gewesen, vor deren Streik, auch wenn sie in ihrem terroristischen Verlauf die Aktion der gesamten Arbeiterschaft und zum Kultus der revolutionären Klassenfeindschaft dienen, als Niederlagen zu demonstrieren. Marx und Lenin haben darauf hingewiesen, dass die Kampflosigkeit Preisgabe der Positionen an den Feind die Masse nicht demoralisiert, als wenn sie kämpfen nicht sofort Erfolg erzielt wäre.

Wenn durch den Kampf unter revolutionärer Führung an einzelnen Stellen der Lohnabbau jetzt verhindert wurde, wenn Tausende von Arbeitern in diesem Kampf politisiert wurden, wenn vor Zuhörerenden von Arbeitern die Streikbrecherrollen der Gewerkschaftsführer und die Rolle des komunizistischen Staates abgedeckt demonstriert wurde, dann werden diese Taktik zum Vorbild großer sozialistischer Massenbewegungen des sozialen Proletariats. Dann liegt es gegen die sozialen Opponenten.

Womit der Kampf erzieht die ausgebeutete Klasse, erst der Kämpfer gibt ihr das Maß ihrer Kräfte, erweitert ihren Horizont, erneuert ihre Hoffnungen, lädt ihren Verstand auf, stärkt ihren Willen! (vgl. Band 10, Seite 110 ff.)

„Es ist klar, dass im Kampfe gegen die sozialen Angreifer setzt der Kämpfer für ihre revolutionäre Befreiung die revolutionären Zügel des sozialdiktatorischen Streikbrecherführers, die SPD und die Renegatengruppen, in faktischen Waffen.“

Die gesamte Sowjetische Partei in ihrem Einheitsfront gegen die Streikbrecher der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und des Reichsbanners, sowie in der Rote Armee und dem Generalstab Erich Thälmann ist eindeutig bewaffnet und darüber hinaus zu einem sozialistischen Kampf gegen Unternehmensgruppe und kapitalistischen Terror vorbereitet. Die Kommunisten und die Anhänger der RKP werden noch im Verlauf der gegenwärtigen Kämpfe der RKP Selbstkritik und Überprüfung haben, ob sie nicht der brüderlichen Hoffnungspunkt bei der Fortsetzung der Einheitsfronten nutzen können. In den Freien Gemeinden haben, und ob sie in ihrem sozialistischen Kampf im Bereich ebenfalls ein revolutionäres Vorbild für ihre Kollegen geben kann.

Im Kampf gegen den Verleumder der sozialen Streikbrecher, wie von Hitler und Leipart und Seidenwitz, haben die Kommunistische Partei und die RKP, in der Form der Arbeiterschaften gegen den Lohnabbau. Das ist die einzige Front des revolutionären Marxismus. Das ist die einzige Einheitsfront, die antikapitalistische, antikapitalistischen Kampfes.

Die Sowjetische Partei sieht die national-faschistischen Gefahren des Finanzkapitals, die in Großbritannien, Frankreich, darüber hinaus, in den Kämpfen gegen den Lohnabbau, die SPD, die Arbeiterschaft gegen Hitler aufstellen will. Auch diese sozialistischen Streikbrecher führen, das ist die Rolle entlastet wird.

Wie die Erfüllung der Forderung der AGH, henningsdorf jetzt, wo es aus den Kämpfen dieser Tage die „sozialistische“ Abrechnung mit den Streikbrecherführern in den Betrieben und innerhalb der Gewerkschaften wird werden, sie organisieren.

Großkonzernhintermänner der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ meldet, dass in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen Vertretern des Scherl-Konzerns und Auschussmitgliedern der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ stattfinden, die eine Übergabe der „DAZ“ in den Scherl-Konzern zum Ziel haben. Allerdings soll dieser Übergang getarnt werden. Es handelt sich dabei um die Übergabe der Aktien, die im Besitz des Generaldirektors Bögl er sind. Von Seiten der Hapag, die an der „DAZ“ ebenfalls interessiert sei, werde alles getan, um dem Blatt die weitere Selbständigkeit zu gewährleisten.

Sowohl die Mitteilung des „Demokratischen Zeitungsdienstes“, bei dieser Gelegenheit erscheint die Dejantlichkeit, wie hinter solchen Blättern wie die „DAZ“ steht. Was dort geschrieben wird ist diktirt von solchen Leuten wie der Schweriner Bögl von der Rheinisch-Westfälischen Schwerindustrie und dem Erzähler Cuno, dem Generaldirektor der Hapag. Wenn steht Hugenberg die „DAZ“ in seinen Konzern aufzunehmen, so würde er dabei erwarten, dass gewisse steife Subventionen, die die „DAZ“ bisher erhalten, über diese Stelle seinem Konzern zugute werden.

Kein Angehöriger des marktlichen Volkes sollte eine Zeitung halten, die von den Großkapitalisten dirigiert ist. Lebt die kommunistische Presse!

SPD-Führer offen für den Lohnabbau

Der „Vorwärts“ selbst stellt es fest

Den Arbeitern der Berliner Verkehrs-AG. und der Städtischen Gas- und Wasserwerke soll von den sozialdemokratischen Direktoren dieser Werke ein Lohnabbau ausgewirkt werden, der viel größer ist, als ihn selbst die Notverordnung vom 8. Dezember vorsieht. Am 5. Januar finden Verhandlungen zwischen den sozialdemokratischen Vertretern des Gesamtverbandes und den Direktoren der Städtischen Werke statt. In dem Bericht des „Vorwärts“ über diese Verhandlungen heißt es wörtlich:

„Neben die Durchführung des zehnprozentigen Lohnabbaues auf Grund der vierten Notverordnung bestand zwischen den an der Aussprache Beteiligten Übereinkunft.“

Es kam dann ein „Kompromiss“ zu Stande, nach dem den Arbeitern der Gas- und Wasserwerke über diesen zehnprozentigen Lohnabzug hinaus ab 1. Januar um einen Pfennig pro Stunde und ab 15. März nochmals um einen Pfennig pro Stunde abgebaut wird. Auch den Verkehrsarbeitern wird ein ähnlicher Lohnabbau distilliert.

Bei dieser Gelegenheit hat es der „Vorwärts“ offen ausgesprochen, dass die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer für den Lohnabbau, wie er durch die Notverordnung vorgesehen wird, sind. Die SPD-Führer haben ja auch im Wirtschaftsbeirat den ungewöhnlichen Lohnabbau mit den Unternehmersvertretern vereinbart. Der leidige sozialdemokratische Arbeiter weiß nun, welche Haltung die SPD-Führerschaft einnimmt und es gilt, daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

SPD-Presse im Dienste der Grubenbarone

Die gesamte SPD-Presse bringt in diesen Tagen ihre wilde Hege gegen die Arbeiterschaft. Von den Neuberichterstattern der Heimatzeitung nur kurz: Beispiele: „Verbrecherische Streikhege der RGD“, „Streik-

putzerei der RGD“, „Die RGD-Narren versuchen die Ruhrfront in einen wilden Streik zu holen“. In dem Artikel zu diesen Neuberichten, der in allen SPD-Zeitungen erschien, heißt es u. a.:

„Die Strategen der kommunistischen Majoritätspartei wollen wieder einmal streiken. Wir müssen natürlich in großem Stil. Die Streikstrategen haben es in einer Kriegszeit auf die Bergarbeiter im Ruhrgebiet abgesehen, aber auch die Hafenarbeiter, Binnenschiffer und Seeleute sollen bestens am 2. Januar mitmachen. Der Streik soll eine Antwort sein auf die Brüningsche Notverordnung. Vor diesem gemeinschaftlichen Treiben von Narren, die sich für gewerkschaftliche Führer halten, können die Arbeiter nicht rechtzeitig und nicht scharf genug gewarnt werden. Das rheinisch-westfälische Kohlengebiet hat bereits durchblättert, dass die ungünstige Abholz- und Erlösentwicklung in nächster Zeit einen weiteren Gewerkschaftsbau von 20.000 Mann erforderlich machen werde. Sie könnten auf das englische Kohledumping und auf die Erklärung des Reichsministers hinweisen, dass der gemäß besonders erklärte Lohnabbau im Bergbau unvermeidlich sei, weil der deutsche Kohlenmarkt infolge der fremden Konkurrenz unter einem abnormen scharfen Druck stehe. Sollen sich die Bergarbeiter selbst ihre Chancen im Kampf gegen das ihnen zugesetzte Lohnabbau-Utrecht verschaffen? Sollen sie das Spiel der englischen Grubenunternehmer spielen? Und die Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer? Auch ihnen muss klar sein, dass ein Streik gegen die Notverordnung nach Lage der Dinge nur ein politischer Streik sein kann; denn die Notverordnung ist Gesetz.“

In dieser Weise hegt die SPD-Presse gegen die Arbeiter. Wollen die sozialdemokratischen Arbeiter weiterhin die Mitherausbildung für diese Hege tragen? SPD-Arbeiter, brecht mit den Wels und Leipart und verstärkt die rote Einheitsfront!

SPD. für den neuen Abbau der Sozialversicherung

Im Reichsministerium wird zur Zeit eine Vorlage über den Abbau aller Leistungen der Sozialversicherung ausgearbeitet. Der „Vorwärts“ vom 5. Januar äußert sich im zustimmenden Sinne zu dem geplanten neuen Abbau. Er erklärt u. a. wörtlich:

„Was die Notverordnung auf dem Gebiet der Sozialversicherung braucht, war nur ein Notbehelf für den Augenblick. Auch die Frage der Sanierung der Invalidenversicherung, die besonders brennend ist, steht noch offen.“

Der „Vorwärts“ erklärt dann, dass die Erledigung der Vorlage auf dem „normalen gesetzgeberischen Weg“ unmöglich sei, womit er dazu ermuntert, den Abbau durch eine neue Notverordnung vorzunehmen. Der „Vorwärts“ wünscht nur, dass den unmittelbar interessierten Kreisen die Möglichkeit gegeben würde, noch vor der Gestaltung der eigentlichen Regierungspolitik ein Votum abzugeben. Es kommt den SPD-Führern in einer Form darum an, dass sie bei der Vergebung der Verwaltungskosten nicht zu kurz kommen.

Über die Regierungspläne schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am 5. Januar folgendes:

„Die letzte Notverordnung hat nur eine kleine Abschlagszahlung gebracht, indem sie gewisse Fürsorgeleistungen der Rentenversicherung und den Bezug von Doppelrenten begünstigte. Gleichzeitig 100 Millionen Mark dürften im besten Falle dadurch erspart werden — bei einem Zehnbetrags, der nur von Jahr 1930 auf 210 Millionen und für das Jahr 1931 auf 280 Millionen Mark ähnlich geblieben ist. Zweifellos werden diese Zehnbeträge noch größer werden, wenn die Wirtschaftslage sich weiter verschlechtert und die Einnahmen aus den Beiträgen infolge verminderter Löhne sowie aus dem Kapitalvermögen infolge der Zinssenkung zusammenbrechen. In dem Augenblick kann sich die Invalidenversiche-

rung nur durch Verkürzung und Verlust ihrer Wertpapiere über Wasser halten, was angefischt der Kursverluste einer Vermögensverschlechterung gleichkommt . . .“

Auch ohne die unmittelbare Sorge vor einem finanziellen Zusammenbruch hätten die Renten, die auf einem höheren Lohn- und Preisstand entstanden waren, dem Deflationsprozess angepasst und herabgesetzt werden müssen.“

In der Folge führt die „DAZ“ dann aus, dass bei aller Versicherungsarten, insbesondere bei der Angestelltenversicherung, die noch namhafte Mittel aufzuweisen hat, abgebaut werden müsse.

Wenn der Abbau durch die letzte Notverordnung von der „DAZ“ als „eine kleine Abschlagszahlung“ bezeichnet wird, so kann man daraus ermessen, welch ein einschneidendes Abbau geplant wird.

Schon durch die letzten Notverordnungen sind die sozialen Unterstützungen weitgehend abgebaut worden. Die SPD-Führer, die bisher für alle Notverordnungen waren, erklären bereits ihr Einverständnis für den weiteren Abbau. Die einzige Bedingung, die die SPD-Führer stellen, ist die, dass weiterhin SPD-Führer die Posten bei der Verwaltungsstelle der Versicherung behalten können.

Die notleidenden Arbeitslosen, die Kranken, alle Sozialpatienten sehen heute klarer als je, wie die SPD-Führer geradezu die Treiber bei dem ununterbrochenen Abbau der sozialen Unterstützungen sind. Auch die Nazi-Führer triumphieren, denn sie haben ja schon längst den vollständigen Abbau der Sozialversicherung gefordert.

Bon allen Parteien kämpft allein die Kommunistische Partei gegen den Abbau der sozialen Unterstützungen. Alle, die gegen die Abbaupolitik kämpfen wollen, müssen sich einsetzen in die rote Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei.

Der Raubkrieg im fernen Osten

in eine neue Phase getreten

München, 5. Januar (vgl. Brünner Bericht). Die japanischen Truppen haben die Shantung aus dem Vertrag auf Peking angetreten. In Formen, wie sie japanische Garnison auf 2400 Mann verstärkt wurde, sind Artillerie und neue Artillerietruppen eingetroffen, die für den Einfall in China vorbereitet werden sollen. Das ganze Eisenbahnnetz der Mandchurie befindet sich bereits in den Händen der Japaner. Jeden Tag in dem Ringen um die Aufteilung von China besteht die Mandchurie und die Mongolei für sich erobert und seine Route durch militärische Verteilung aller strategischen Punkte gesichert.

Wit dem Vertrag Japans auf Peking beginnt eine neue Phase des japanischen Krieges im fernen Osten. Bereits die ersten Anzeichen des japanischen Kriegs haben alle anderen imperialistischen Krieg mit kurzen militärischen Kräften auf den Plan gerufen und eine weitere Zuspitzung der Konflikte mit sich gebracht. Der Vertrag Japans in Shantung wird alle imperialistischen Konflikte auf die Spitze treiben und zu einer Entladung bringen. Die Diplomaten und Generäle aus Amerika, England und Frankreich sind in sicherhafter Tätigkeit.

Das Kriegsziel aller Parteien liegt nun ganz im Lager der arbeitenden Arbeiter, die das Banner eines sozialistischen, revolutionären Kampfes gegen den imperialistischen Krieg entrollt haben und ungeachtet des blutigen Terrors für Sovjetchina und den Schutz der gleichzeitig bedrohten Sowjetunion kämpfen.

Sozialdemokratische Gewerkschaftsführer die Edipfeiler der Brünningregierung

In einem Artikel, der durch die meisten SPD-Blätter ging, rühmen sich die SPD-Führer, dass sie die Gegenwehr der Arbeiter gegen den Lohnabbau am wirkungsvollsten geschwächt haben. Dabei wird die Front der Gewerkschaftsführer als die „Front der eingesetzten Nerven“ bezeichnet. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Diese Front ist bei den der Regierung nahestehenden Gewerkschaften der Siedler, wenn nicht

der einzige Edipfeiler einer Regierung. Die Überzeugung und Wiederanstrengung erstrebt, genannt werden.“

Die sozialdemokratischen Führer rühmen sich also selbst, dass sie der Edipfeiler der Brünningregierung sind. Sie sind in der Tat die Hauptstützen des Systems der Notverordnungen, des Lohnabbaus und des Abbau der sozialen Leistungen. Nachdem sie sich mit der Parole der „Eisernen Front“ bereits furchtbar gemacht haben, sprachen sie jetzt von der „Front der eisernen Nerven“. Allerdings, informiert haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer eiserne Nerven, als sie höhnisch mit ansehen können, wie den Arbeitern der Lohn immer mehr gekürzt wird und den Unterstützungsgegenwart die längstigen Pfennige zum Lebensunterhalt immer mehr gekürzt werden.

Das Zentralkomitee der KPD hat in seinem Appell an alle Arbeiter der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der Gewerkschaften den SPD-Arbeitern zugeworfen:

„Von diesen SPD-Führern, die die Hauptstütze der Brünning-Groener-Diktatur bilden und jederzeit auf der Seite der Kapitalistenklasse stehen, trennt euch, sozialdemokratische Arbeiter, ein Klasse gegen Klasse. Mit uns, der Kommunistischen Partei, seid ihr aber verbunden im gemeinsamen Kampf unserer Klasse. Die Kommunistische Partei wendet sich an euch, Arbeiter der SPD, des Reichsbanners und der Gewerkschaften, darüber hinaus an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, mit dem Appell zum gemeinsamen Kampf in der roten Einheitsfront gegen den Kapitalismus, gegen den Faschismus.“

Arbeiter, folgt diesem Appell! Reicht euch ein in die rote Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei!

Gebt für die Winterhilfe der politischen Gefangenen!

Breslau

Breslau, 7. Januar.

He! SApeur . . .

He, SApeur! Tuft recht du daran?
Was schaust du da für eine Sappe?
Hilf uns zerschneiden den Stacheldraht,
Wir wollen hinüber — der Angriff naht!
He he! SApeur! Zu uns! Komm her!
Schütt' zu deine Sappe!
Stark' unsere Reich'n
Zur letzten Etappe!

He, SApeur! Besinne dich recht —
Ein Massengrab ist deine Sappe!
Willst du der Totengräber sein
Für die roten Stürmer aus eigenen Reih'n?
He he! SApeur! Zu uns! Komm her!
Schütt' zu deine Sappe!
Stark' unsere Reich'n
Zur letzten Etappe!

He he, SApeur! Bist du nicht Anehl
Wie wir? — Von unserer Klasse?
Wir reichen dir die Bruderhand —
Es geht um ein totes Vaterland!
He he! SApeur! Zu uns! Komm her!
Schütt' zu deine Sappe!
Stark' unsere Reich'n
Zur letzten Etappe!

Von Rötu Löver.

Nur das Hemd gewechselt

SPD-Stadtverordnete geht zur SA.

Traurige Stimmung herrscht im Laden der hiesigen SPD. Die Stadtverordnete, Frau Kühlig, "ist nun plötzlich" an den Capisten gegangen. Ob dieser Tatsache würde die "Vollswacht" gar nichts erwähnt haben, wenn — nicht dadurch der Thron des bisherigen Stadtverordnetenvorsteher, des "Genossen" Bandmann, gefährdet wäre. Die traurige Stimmung ist also weniger wegen des Ausscheidens der Stadtverordneten Kühlig aus den Reihen der SPD., als das Postens wegen, der dadurch der SPD. verloren geht.

Ja, die Arbeiterschaft kann es sehr gut verstehen, daß die Macher der SPD. und der "Vollswacht" nicht gerade sehr ehrlich darüber sind, wenn einer der ihrigen "arbeitslos" werden soll. Aber wenn die "Vollswacht" weiter eine leise "Drohung" aussübt, daß in Zukunft ein anderer „nicht im Interesse der arbeitenden Klasse“ dort sitzen wird, so wird sich ja mancher Breslauer Arbeiter fragen, ob das, was der bisherige SPD.-Vorsteher tut, im Interesse der Arbeiterschaft gewesen ist. In diesem Parlament sind niemals und werden niemals die Interessen der Arbeiterschaft gewahrt werden. Dazu wird nur in den Stadt- und Dorf-Sowjets möglich sein.

Jungproletarier, entscheidet euch!

Gestern abend fand im Schießwerder jene Einheitskundgebung statt, welche von dem im Dezember sich gebildeten Aktionsausschuß der Jugend, organisiert war. Die Vertreter der KPD. haben in klarer und nicht mißzuverstehender Form in der damaligen Besprechung, sturzhaft eine derartige Aktionsgemeinschaft abgelehnt. In der gestrigen Versammlung, in welcher je ein Redner der KPD. und des SBP. sprachen, kam klar zum Ausdruck, daß dieser Aktionsausschuß mit allen Kräften bemüht ist, die Illusion in den Köpfen der Jungproletarier zu zerstreuen, daß die Herstellung der Einheitsfront darin besteht, daß SPD., KPD., SAP. und die Gewerkschaftsjugend sich an einen Tisch setzen und dort ein Programm für die Einheitsfront aufstellen. Sie reden den Jungarbeitern vor, daß damit die proletarische Einheitsfront hergestellt sei und daß Proletariat zum Kampf gegen die Bourgeoisie fähig sei.

Diese dort gebildete Einheitsfront ist keine Einheitsfront im Interesse des Jungproletariats, sie ist eine Täuschung, die die Herstellung der wahren Einheitsfront in den Betrieben und Stempelstellen auf der Grundlage der selbständigen Kampfesführung verhindern will.

Aus der Allgemeinen Ortskrankenkasse

Die Leitung der ADK. Breslau erfordert uns, nachfolgende Notiz zu veröffentlichen:

Allen Mitgliedern der Allgemeinen Ortskrankenkasse zur Kenntnisnahme, daß wegen Überlastung aller Abteilungen die Publikationsstunden in Zukunft nur bis 12 Uhr mittags stattfinden. Dafür beginnt die Absertigung schon statt um 8 Uhr um 7½ Uhr. Nach 12 Uhr kann niemand mehr abgesertigt werden und wird niemand mehr eingelassen.

ASV. Süd 31

Freitag, den 8. Januar, 20 Uhr, Versammlung im Vereinslokal Wende, Gräbchenstraße 113. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Strophenunfälle

Am Dienstag vormittag stürzte ein Arbeiter mit seinem Fahrrad kurz hinter der Sandbrücke infolge der Glätte und schlug mit dem Hinterrad so hart auf die Straßendämmchen, daß er bewußtlos liegen blieb. Vorübergehende Passanten schafften ihn von der Straße, später mußte er ins Krankenhaus gebracht werden.

Auf der Goethestraße wollte ein Radfahrer ein stechendes Fuhrwerk überholen. Er wurde hierbei von einem Personentramwagen, der in dieselbe Richtung fuhr, erfaßt und zu Fall gebracht. Der Radfahrer erlitt hierbei erhebliche Verletzungen im Gesicht und an den Armen.

Unser Feldzug gegen die Presse der Arbeiterfeinde

Am Freitag, dem 8. Januar, in Oels, im Gasthaus „Zum Großen Kurfürst“, Konferenz der politischen Presseoblate.

Gehaft vom Klassenfeind ist die „Arbeiter-Zeitung“, das einzige Organ der Betriebsarbeiter, der Erwerbslosen, der Jungarbeiter und Frauen.

Die „Arbeiter-Zeitung“, die einzige Zeitung, die die grausigsten Zustände in den Betrieben, an den Stempelstellen, und überall, wo Arbeiter sich befinden, enthüllt.

Die „Arbeiter-Zeitung“ kämpft und rast zum Kampfsündnis zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeiter und zur Schaffung der roten Einheitsfront.

Keine Ortsgruppe ohne einen politischen Zeitungsobmann!

An dieser Konferenz nehmen teil die Vertreter folgender Ortsgruppen: Oels, Bernstadt, Namslau, Neumittelwalde, Groß-Wartenberg, Militsch und Festenberg.

Die Massen fordern Amnestie

Gegen Naziterror und Klassenjustiz

Breslau. In der am Dienstagabend im „Schießwerder“ stattgefundenen öffentlichen Versammlung wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

In Deutschland macht sich der Terror immer mehr breit. Arbeiter werden von Nationalsozialisten auf offener Straße gemordet, doch kein Richter findet sich, der einen Nationalsozialisten, obwohl er überführt, verurteilt.

Innerhalb eines Jahres wurden 220 Arbeiter von Nazis getötet, 22 000 Arbeiter von nationalsozialistischen Wachskolonnen verlegt und verwundet, zum Teil zu lebenslänglichen Kreuzspalten gestochen und geschlagen.

Gegewärtig befinden sich 6800 revolutionäre Arbeiter in den Zuchthäusern und Gefängnissen der deutschen Republik. Tausende von Arbeitern stehen vor ihrer Verurteilung.

Die Klassenjustiz müßt ungeheuer gegen die revolutionären Arbeiterkämpf; fast täglich finden Massenverhaftungen statt.

Die Versammlung fordert die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen und Arbeiter, die aus Not in den Zuchthäusern und Gefängnissen schmachten. Gleichfalls verlangt die Versammlung die Freilassung aller Opfer des § 218.

Schärfsten Protest erhebt die Versammlung gegen die Hinrichtung

der 8 Neger-Jungarbeiter, deren Hinrichtung am 10. Januar stattfinden soll.

Die Versammlung verlangt die Aufhebung der Todesurteile und Freilassung derselben.

Am 11. Januar beginnt in Breslau der Berufungsgerichtsinstanz im Stahlheliprozeß. Die Versammlung fordert die Freilassung des Verfahrens gegen die 26 revolutionären Arbeiter und die Freilassung der noch in Haft befindlichen Arbeiter aus Anlaß des Stahlhelmausmarsches im Mai vorigen Jahres.

Die Versammlung gelobt, mit der „Roten Hilfe“ einen unermüdlichen Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz zu führen, unermüdlich zu kämpfen für die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen, insbesondere für die Freilassung des Genossen Karl Peters, der lebenslänglich im Zuchthause sitzt und schon dreimal um die Amnestie betrogen wurde. Desgleichen fordert die Versammlung die Freilassung des Genossen Richard Scheringer und des Bauernführers Claus Heim.

Die „Rote Hilfe“ kämpft mit der Arbeiterschaft in allen kapitalistischen Ländern gegen den weißen Terror und gegen die bürgerliche Klassenjustiz.

Heraus mit allen proletarischen politischen Gefangenen!

Rote Hilfe Deutschlands, Bezirk Schlesien.

Stahlheliprozeß in Berufungsinstanz

Wer lernt nicht mehr die Worte, welche der „Stahlhelm“ im April und im Mai dieses Jahres vor seinem Aufmarsch in Breslau betrieben hatte? Die Stahlhelmszeitung vom 3. Mai schrieb offen in einem Artikel folgendes:

„In den Städten sieht es böse aus. Ihr werdet die roten verheerten Horden in Breslau an den Straßen stehen sehen. Aber ihr „Rot Front“ soll ihnen im Halse sieden bleiben, wenn ihnen unser Marschschritt ins Gebein führt.“

In dieser und ähnlicher Art wurde die Breslauer und die schleifische Arbeiterschaft schon lange vorher beschimpft und provoziert.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Stahlhelmern und Arbeitern wurde der Stahlhelmer Müller aus Grünberg von seinen eigenen Kameraden, wie wir damals schon einwandfrei festgestellt haben, erschossen. Dies nahm die Klassenjustiz zum Anlaß, einen erneuten Feldzug gegen die revolutionären Arbeiter zu unternehmen. 26 Arbeiter standen einige Monate später vor den Sälen des Klassengerichts und wurden zu vielen Monaten Gefängnis verurteilt. Noch heute sitzen davon 6 Arbeiter.

Wie uns die R.H. dazu mitteilt, wird der Arbeiter Lautsch, der sich unter ihnen befindet, obwohl er seine Strafe längst abgesessen hat, von der Staatsanwaltschaft weiter in Haft behalten. Das ist wohl ein etwas sonderbarer Fall. Auch dem Genossen Marus gewährt man keinerlei Strafentlassung, obgleich seine Frau hochschwanger ist.

Am Montag, dem 11. dieses Monats, tagt in dieser Angelegenheit die Berufungsinstanz gegen 21 Arbeiter. Hierzu erwartet uns die „Rote Hilfe“, nachstehende Bekanntmachung zu veröffentlichen:

Alle Personen, die vor und während des Stahlhelmausmarsches in Breslau und außerhalb Breslaus von Stahlhelmern bei ihrer Fahrt von außerhalb nach Breslau belästigt, mishandelt oder sonst provoziert worden sind, und alle die, denen es bekannt ist, daß Stahlhelmer wegen solchen Handlungen auf der Fahrt nach Breslau verhaftet worden sind, möchten sich sofort im Sekretariat der Rotes Hilfe, Breslau, Freiheitsgasse 2, melden.

Wir fordern die Einsetzung des Verfahrens und die Freilassung aller noch in Haft befindlichen Arbeiter.

Die Kinderausbeutung nimmt zu!

Kinderarbeit im Warenhaus

Wie viele Kinderhände müssen schaffen unter verbotener und vor der Öffentlichkeit verborgener Arbeit, nur um ein paar Pfennige mit zur Linderung der größten Not beizutragen. Bei einer Untersuchung durch den Berliner Magistrat wurde unter anderem festgestellt, daß 1153 Kinder Sonntagsarbeit leisten müssen. Außerdem wurde ärztlich festgestellt, daß bei 1317 Kindern, die gewerbliche Arbeit verrichten, sich bereits nachteilige Folgen bemerkbar machen.

Auch im Warenhaus wird heute bereits Kinderarbeit geleistet. So wird unter anderem aus Karlstraße berichtet: Hier hat sich ein Warenhaus Schulkind durch die Schulleistung zur Arbeit vermitteln lassen.

Im badischen Landtag erklärte die Regierung auf eine diesbezügliche Anfrage, daß alle Einwirkungen der Gewerbeaufsicht auf diese Firma, die Kinderarbeit einzufstellen, bisher ohne Erfolg geblieben sind.

Auch aus Württemberg melden die Gewerbeaufsichtsbehörden, daß sich die Zahl der arbeitenden Kinder von 1091 im Jahre 1926 auf 1475 im Jahre 1927 erhöht hat. Denilicher kann wohl der Beweis nicht erbracht werden, daß der Kapitalismus in seiner niedergehenden Epoche selbst die unentwickeltesten Kinderkräfte für sich in Anspruch nimmt und sie dadurch vorzeitig zugrunde richtet. Immer eindeutiger wird es der Arbeitersklasse, daß die Befreiung des Kindes aus Not und aus Ausbeutung nur in Verbindung mit den Kämpfen der erziehenden Arbeiterschaft herbeigeführt werden kann.

Weil die Frage des Kindes eine Frage der Gesamtarbeiterkraft ist, deshalb muß das klassenbewußte Proletariat unter der Führung der KPD. auch alle Aktionen und Kampagnen des Kindes, die es für seine Befreiung führt, tatkräftig unterstützen.

Oels. Die kommunistische Partei und die „Arbeiter-Zeitung“ haben in tausendfachen Beispielen der Arbeiterschaft gezeigt, daß die Arbeit der SPD. und Gewerkschaftsführer eine Kette von Verrat und Betrug darstellt. Um ihren Verrat zu vertuschen, schlagen sie in

öffentlichen sowie Mitgliederversammlungen radikale Töne gegen das Regierungssystem, gegen Kapitalismus und Faschismus an. In der Praxis, wo diese „Führer“ als Beisitzer bei den Arbeitsgerichten oder Spruchausschüssen wichtige Entscheidungen zu fällen haben, machen sie in der Regel für die Geiseln und Verordnungen votieren, welche durch die Mitwirkung ihrer Reichs- und Landtagsabgeordneten zum Schaden der Arbeitersklasse geschaffen wurden.

Täglich haben die Arbeiter Gelegenheit, hinter diese Doppelzügeligkeit dieser Leute zu schauen, so daß dem letzten Arbeiter bald klar werden, welcher Verrat täglich an jenen geübt wird.

Am Montag, dem 4. Januar, wurde vor dem Spruchauschuk beim hiesigen Arbeitsamt über die Einsprüche gegen die Entcheidungen des Vorsitzenden vom Arbeitsamt Oels verhandelt. Der Landarbeitsratsvorsitzende Schubert vertrat einen Arbeiter, welcher am Bahnhof Stradam Grubenholzer schafft. Dieser Arbeiter wurde die Krisenunterstützung entzogen, weil er angeblich nicht in die Gruppe 12 für Holzbearbeitung, sondern in Gruppe 2 — das ist die Gruppe der Forstarbeiter — gehörte.

Schubert stellte zunächst sehr richtig fest, daß nach der gesetzten Arbeit der Arbeiter in die Gruppe 12 gehört und somit Unrecht auf Krisenunterstützung hat. Jetzt griff der Vorsitzende des Spruchausschusses — auch ein Sozialdemokrat — ein und erklärte zum Erfassen der zahlreichen anwesenden Arbeiter: Herr Schubert, was Sie hier bezwecken wollen, doch Sie nicht mit Ihrer Tätigkeit als Beisitzer beim Spruchauschuk. Hier haben Sie in der Sache Bunt, des Mitarbeiters des jetzt von Ihnen vertretenen Arbeiters, seinen Antzug abgelehnt.“

Wer kann sich wohl das Gesicht von Schubert vorstellen, als hier in aller Öffentlichkeit festgestellt wurde, daß er in ein und denselben Angelegenheiten zwei verschiedene Auffassungen vertreten hatte. Das ist jedoch durchaus nichts Besonderes bei Schubert, das entsprechend der Linie der SPD. und Gewerkschaftsführer.

Die Arbeiterschaft von Oels ist durch dieses Beispiel um eine Erfahrung reicher geworden. Immer deutlicher kommt es auch ihnen zur Erkenntnis, daß diese Sorte „Arbeiterführer“ sobald als möglich aus den Reihen des Proletariats bejubigt werden muss. Erst wenn die Arbeitersklasse ihre Gewaltidee in ihre eigenen Hände nimmt, hat sie die Möglichkeit, sich von diesem ganzen System der Ausbeutung zu befreien.

Deshalb müssen die Betriebsarbeiter, die Arbeitslosen, die Frauen, die Jungarbeiter und alle Schichten der Bettlägerigen überall ihre Auseinandersetzungen und Rechte einzufordern. Die „Arbeiter-Zeitung“, die Sprachrohr der revolutionären Arbeiterschaft, wird diesen Kampf jederzeit unterstützen. Deshalb müssen auch die Kollegen aus ihren Betrieben, von der Stempelstelle, aus den Gewerkschaften usw. berichten über das, was dort vorgeht. Nur so wird es uns möglich sein, den National- und Sozialfascismus zu trocken und die Arbeiterschaft Siegreich in den Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit zu führen.

Nicht vergessen

zu jeder Mahlzeit



Christ-Brot essen

Verantwortlich für die erste und zweite Hauptseite, Probst und Lotz; Hermann Bischler, Breslau. — Für die übrigen Seiten: A. Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Gallien, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau, Leibnitzer Straße 50.

Rund um den Erdball

Zum Massenhunger nun noch überall Naturkatastrophen

500 Chemnitzer Kampfbündler leisten erste Hilfe

Hiesige Verheerungen in Chemnitz und im Erzgebirge — Jagd auf rote Lebensretter — Alarm in Dessau — Drei Todesopfer

Wie bereits gemeldet, hat der plötzlich einsetzende Witterungsumschwung in allen Teilen Deutschlands riesige Hochwasserkatastrophen verursacht. Besonders verheerend wirkte sich die frühzeitige Schneeschmelze in Chemnitz und einem großen Teil des Erzgebirges aus. Unermeßlich ist dort der Schaden. Und wie immer, sind auch diesmal wieder die Armuten der Armen am schwersten von dieser Naturkatastrophe betroffen. Wenn nicht sofort eine großzügige Hilfsaktion für die Opfer des Hochwassers eingeleitet wird, wird die Massennot und das Elend ungeheuerlich steigen. Gerade in Chemnitz standen zahlreiche Wohnungen unter Wasser und die Hilfsmittel und die Einrichtungen des Rates der Stadt Chemnitz reichten bei weitem nicht aus, die gefährdeten Wohnungen zu räumen.

Chemnitz, 6. Januar. Geradezu mustergültig war das Verhalten der Mitglieder der proletarischen Wehrorganisationen von Chemnitz. Seit den frühen Morgenstunden des Montags waren über 500 Mitglieder ununterbrochen tätig, den Opfern der Hochwasserkatastrophe zu helfen. Sehr oft gelang es erst durch das Eingreifen der Mitglieder der proletarischen Wehrorganisationen, Arbeiterschäden zu retten. Wo Polizei und Feuerwehr machtlos waren, konnte durch das tapfere Verhalten der Wehrmänner noch größter Schaden verhindert werden. Trotzdem mußten viele eine ganze Nacht in den vom Hochwasser gesäuberten Wohnungen bleiben.

Ein Skandal hundertgleichen ist das Verhalten einiger Polizeioffiziere, die während der Hilfsaktion mit großem Mannschaftsaufgebot Jagd auf Mitglieder der proletarischen Wehrorganisationen machten, um grüne Mühen zu beschlagen zu können.

Die Katastrophe hat in Chemnitz nicht nur Wohnungen in Mitleidenschaft gezogen, teilweise wurden auch Betriebe stillgelegt und vorläufig ist noch nicht abzusehen, wann dieselben wieder eröffnet werden.

Die kommunistische Stadtvorordnungskommission von Chemnitz hat gestern noch einen Dringlichkeitsantrag an den Rat der Stadt Chemnitz gestellt, um den Opfern der Katastrophe umfassende Hilfe zuteil werden zu lassen.

Hochwassergefahr für Dessau

Dessau, 6. Januar. Die Stadt Dessau wird von einer Hochwasserkatastrophe heimgesucht, deren Ausmaß alles bisherige weit übersteigt. In den Morgenstunden des Mittwochsnachmittags zeigten die Straßen der Stadt ein Bild, die Mulde wäßte von Minute zu Minute und in ganz kurzer Zeit stand der außerhalb der Stadt gelegene Tiergarten unter Wasser. Um 11 Uhr war die Flut bis in die Stadtteile vorgedrungen. In der Friedensstraße steht das Wasser bereits einen halben Meter hoch. Feuerwehr, Polizei und Gemeinde arbeiten siebenstündig um weitere, ebenfalls bedrohte Straßenseiten zu schonen. Der Damm der Mulde ist bei Riebau gebrochen. Die

Vierzehn Kumpels endgültig aufgegeben

Ihre Leichen noch nicht geborgen

Berthelsdorf, 6. Januar. Die Bergungsarbeiten auf der Karsten-Zentrums-Grube gehen ununterbrochen weiter. Bis zum Mittwochnachmittag war es noch nicht gelungen, die Leichen der verschütteten 14 Bergleute freizulegen.



Er ist der Sache treu geblieben

Oettinghaus begrüßt den Arbeiter Fritz Unterbäumer aus Gevelsberg, der einer der ältesten Kämpfer des DMV ist. Seit 1883 im DMV organisiert, nahm Unterbäumer 1890 in einem Betrieb in Herford den heutigen preußischen Innensenminister Severing, der damals als Lehrling arbeitete, in den DMV auf. — Fritz Unterbäumer ist der gleiche geblieben: er kämpft nach wie vor mit in den Reihen der revolutionären Arbeiterschaft. Er versichert Oettinghaus durch Händedruck, daß er der revolutionären Sache treu bleibe.

(Aus der neuen „AIZ“)

Ständig bedrohlicher

Halle, 6. Januar. Die Lage im Hochwassergebiet zwischen Mulde und Elbe wird ständig bedrohlicher. Nachdem die Feuerwehren in Bitterfeld und Umgebung der Stadt bereits gestern abend eingesetzt waren, wurden im Laufe der Nacht und des heutigen Vormittags mehrere Bereitschaften aus Halle und Bitterfeld angefordert, da der Wasserspiegel weiter anstieg.

Drei Todesopfer

des Hochwassers — Flutwelle läuft nach

München, 6. Januar. Der durch das Hochwasser angerichtete Schaden ist, wie überall aus Mittel- und Süddeutschland gemeldet wird, doch bedeutend höher, als anfangs angenommen wurde. Zahlreiche Brücken wurden von den Fluten eingerissen und fortgeschwemmt. Viele Häuser sind eingestürzt, andere müssen schleunig geräumt werden.

In dem Dorfe Huntwachsen wurde ein Knabe von den Fluten der Weser fortgerissen und ertrank. Unweit von Goslar ertrank ein Mühlensiebker, als eine Brücke, auf der er mit mehreren Personen stand, von dem Strom fortgerissen wurde. In Hermsdorf, an der deutsch-tschechischen Grenze, stürzte ein Schiffer in die Kamnitz und ertrank.

Zweimal so groß wie „Do X“

Riesenhaftes Überseezeugboot im Bau

Amsterdam, 6. Januar. Bei der Flugzeugfabrik Koehoven in Rotterdam ist man augenblicklich mit der Ausarbeitung der Pläne für den Bau eines Flugbootes beschäftigt, das zweimal so groß werden soll wie das deutsche Flugboot „Do X.“

Das neue Flugboot soll mit zehn Motoren von je 1000 PS ausgerüstet werden, die zusammen drei Schrauben treiben sollen. Die Geschwindigkeit soll auf 210 Kilometer in der Stunde reichhaltig werden. Das Radrennen soll 42 Tonnen betragen bei einem Totalgewicht von 100 000 Kilogramm. Wegen der enormen Ausmaße soll das Flugboot auf einer Schiffswerft gebaut werden. Das Flugboot soll besonders für Überseeflüge, ja für Flüge nach Indien, verwandt werden.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Woher stammt die Syphilis?

Den soeben veröffentlichten Berichten der medizinischen Akademie und nach der Statistik der deutschen Gesellschaft für Medizinstatistik ist in den letzten fünf Jahren eine außerordentlich starke Abnahme früher Enthaltstellte zu verzeichnen. Die einzige Erklärung dieser Tatsache ist, daß die Erreger der Syphilis offenbar für den Menschen an Gefährlichkeit eingebüßt haben. Wieviel dieser Zustand jetzt eintritt, ist nicht recht ersichtlich. Wohnungsvorherrschaft, Lebensweise haben sich doch wesentlich verbessert und nicht verbessert. Die Anwendung von Schutzmitteln, die Durchführung der notwendigen persönlichen Hygiene schwert an den für die meisten Werktätigen zu hohen Kosten. Nach der Ausföhrung kirchlicher und regierungsoffizieller Kreise ist sogar eine weitere „Lockung der Moral- und Sittenbegrisse“ unter der Jugend aufgetreten. Die Prostitution hat infolge der wirtschaftlichen Not einen auch nicht annähernd schätzbaren Umsatz erreicht. Der Alkoholismus ist nicht gesunken.

Die soeben veröffentlichten Berichten der medizinischen Akademie und nach der Statistik der deutschen Gesellschaft für Medizinstatistik ist in den letzten fünf Jahren eine außerordentlich starke Abnahme früher Enthaltstellte zu verzeichnen. Die einzige Erklärung dieser Tatsache ist, daß die Erreger der Syphilis offenbar für den Menschen an Gefährlichkeit eingebüßt haben. Wieviel dieser Zustand jetzt eintritt, ist nicht recht ersichtlich. Wohnungsvorherrschaft, Lebensweise haben sich doch wesentlich verbessert und nicht verbessert. Die Anwendung von Schutzmitteln, die Durchführung der notwendigen persönlichen Hygiene schwert an den für die meisten Werktätigen zu hohen Kosten. Nach der Ausföhrung kirchlicher und regierungsoffizieller Kreise ist sogar eine weitere „Lockung der Moral- und Sittenbegrisse“ unter der Jugend aufgetreten. Die Prostitution hat infolge der wirtschaftlichen Not einen auch nicht annähernd schätzbaren Umsatz erreicht. Der Alkoholismus ist nicht gesunken.

Die soeben veröffentlichten Berichten der medizinischen Akademie und nach der Statistik der deutschen Gesellschaft für Medizinstatistik ist in den letzten fünf Jahren eine außerordentlich starke Abnahme früher Enthaltstellte zu verzeichnen. Die einzige Erklärung dieser Tatsache ist, daß die Erreger der Syphilis offenbar für den Menschen an Gefährlichkeit eingebüßt haben. Wieviel dieser Zustand jetzt eintritt, ist nicht recht ersichtlich. Wohnungsvorherrschaft, Lebensweise haben sich doch wesentlich verbessert und nicht verbessert. Die Anwendung von Schutzmitteln, die Durchführung der notwendigen persönlichen Hygiene schwert an den für die meisten Werktätigen zu hohen Kosten. Nach der Ausföhrung kirchlicher und regierungsoffizieller Kreise ist sogar eine weitere „Lockung der Moral- und Sittenbegrisse“ unter der Jugend aufgetreten. Die Prostitution hat infolge der wirtschaftlichen Not einen auch nicht annähernd schätzbaren Umsatz erreicht. Der Alkoholismus ist nicht gesunken.

Die soeben veröffentlichten Berichten der medizinischen Akademie und nach der Statistik der deutschen Gesellschaft für Medizinstatistik ist in den letzten fünf Jahren eine außerordentlich starke Abnahme früher Enthaltstellte zu verzeichnen. Die einzige Erklärung dieser Tatsache ist, daß die Erreger der Syphilis offenbar für den Menschen an Gefährlichkeit eingebüßt haben. Wieviel dieser Zustand jetzt eintritt, ist nicht recht ersichtlich. Wohnungsvorherrschaft, Lebensweise haben sich doch wesentlich verbessert und nicht verbessert. Die Anwendung von Schutzmitteln, die Durchführung der notwendigen persönlichen Hygiene schwert an den für die meisten Werktätigen zu hohen Kosten. Nach der Ausföhrung kirchlicher und regierungsoffizieller Kreise ist sogar eine weitere „Lockung der Moral- und Sittenbegrisse“ unter der Jugend aufgetreten. Die Prostitution hat infolge der wirtschaftlichen Not einen auch nicht annähernd schätzbaren Umsatz erreicht. Der Alkoholismus ist nicht gesunken.

Die soeben veröffentlichten Berichten der medizinischen Akademie und nach der Statistik der deutschen Gesellschaft für Medizinstatistik ist in den letzten fünf Jahren eine außerordentlich starke Abnahme früher Enthaltstellte zu verzeichnen. Die einzige Erklärung dieser Tatsache ist, daß die Erreger der Syphilis offenbar für den Menschen an Gefährlichkeit eingebüßt haben. Wieviel dieser Zustand jetzt eintritt, ist nicht recht ersichtlich. Wohnungsvorherrschaft, Lebensweise haben sich doch wesentlich verbessert und nicht verbessert. Die Anwendung von Schutzmitteln, die Durchführung der notwendigen persönlichen Hygiene schwert an den für die meisten Werktätigen zu hohen Kosten. Nach der Ausföhrung kirchlicher und regierungsoffizieller Kreise ist sogar eine weitere „Lockung der Moral- und Sittenbegrisse“ unter der Jugend aufgetreten. Die Prostitution hat infolge der wirtschaftlichen Not einen auch nicht annähernd schätzbaren Umsatz erreicht. Der Alkoholismus ist nicht gesunken.

Die soeben veröffentlichten Berichten der medizinischen Akademie und nach der Statistik der deutschen Gesellschaft für Medizinstatistik ist in den letzten fünf Jahren eine außerordentlich starke Abnahme früher Enthaltstellte zu verzeichnen. Die einzige Erklärung dieser Tatsache ist, daß die Erreger der Syphilis offenbar für den Menschen an Gefährlichkeit eingebüßt haben. Wieviel dieser Zustand jetzt eintritt, ist nicht recht ersichtlich. Wohnungsvorherrschaft, Lebensweise haben sich doch wesentlich verbessert und nicht verbessert. Die Anwendung von Schutzmitteln, die Durchführung der notwendigen persönlichen Hygiene schwert an den für die meisten Werktätigen zu hohen Kosten. Nach der Ausföhrung kirchlicher und regierungsoffizieller Kreise ist sogar eine weitere „Lockung der Moral- und Sittenbegrisse“ unter der Jugend aufgetreten. Die Prostitution hat infolge der wirtschaftlichen Not einen auch nicht annähernd schätzbaren Umsatz erreicht. Der Alkoholismus ist nicht gesunken.

Die soeben veröffentlichten Berichten der medizinischen Akademie und nach der Statistik der deutschen Gesellschaft für Medizinstatistik ist in den letzten fünf Jahren eine außerordentlich starke Abnahme früher Enthaltstellte zu verzeichnen. Die einzige Erklärung dieser Tatsache ist, daß die Erreger der Syphilis offenbar für den Menschen an Gefährlichkeit eingebüßt haben. Wieviel dieser Zustand jetzt eintritt, ist nicht recht ersichtlich. Wohnungsvorherrschaft, Lebensweise haben sich doch wesentlich verbessert und nicht verbessert. Die Anwendung von Schutzmitteln, die Durchführung der notwendigen persönlichen Hygiene schwert an den für die meisten Werktätigen zu hohen Kosten. Nach der Ausföhrung kirchlicher und regierungsoffizieller Kreise ist sogar eine weitere „Lockung der Moral- und Sittenbegrisse“ unter der Jugend aufgetreten. Die Prostitution hat infolge der wirtschaftlichen Not einen auch nicht annähernd schätzbaren Umsatz erreicht. Der Alkoholismus ist nicht gesunken.

Dr. med. Wilhelm Swienty.

Berantwortet: Alfred Kandrich, Berlin.

„An die Zeitung „Rot Front!“

Wir erhalten unter obiger Adresse einen Brief einer Arbeiterfrau, die folgendes schreibt:

„An die Zeitung „Rot Front!“, Breslau.“

Liebe Zeitung!

Möchte gern Ihre Zeitung mithalten. Es spricht soviel Wahrheit daraus und ich war schon immer für die kommunistische Partei, trotzdem ich nur eine Frau bin. Soeben fällt mir wieder ein Blatt in die Hände von Ihrer Zeitung. Aber ich weiß nicht, wie ich sie mir verschaffen soll, da es nur ein Blatt ist, wo man mir etwas eingeschrieben hat. Ist es Ihre Zeitung? Es heißt darin:

„Mit der Grubenjunge durchs Waldenburgsche Land. Seien Sie bald, da kleinerei Zeitung.“

Fr. L. A. Lauengienstrasse 153.

Verzeihung! Ich wußte keine Adresse und schrieb daher so auf das Kuvert, in der Annahme, die Post würde es schon finden.

Mit kommunistischem Gruß — — —“

Dieses Schreiben einer Proletarierfrau sagt allen Genossen und Freunden, daß die Verbreitung der kommunistischen Presse noch große Entwicklungsmöglichkeiten hat. Wie oft hat diese Frau nach der „Arbeiter-Zeitung“ ausgeschaut, ohne daß es ihr möglich war, einen Funktionär zu paden, der ihr unsere Presse angeboten hat. Dann griff sie zur Selbsthilfe und schrieb an die Zeitung „Rot Front!“

In Hunderten von Proletariernahrung kommen keine Preise mehr, weil das Geld fehlt. Diese Proleten sind zu gewinnen für unsere B-Ausgabe. Ungezählten anderen Arbeiterfamilien geht es so

wie der am uns schreibenden Frau. Diese Proletarier sind als ständige Leser für uns zu gewinnen. Durch die tägliche Information durch unsere Presse über Leben und Kampf unserer Massen werden wir manchen jetzt noch zögigstehenden Proletarier für uns ins unsere Partei gewinnen. Seien an die Werbung im Partei und Presse.

Ein Duplikat

des Bochheimer Dokuments — Blutrausch der Nazi

Liebau. Der Mordfall auf dem Reichsarbeitsarbeiter, nach dem wir gestern berichteten, hat in den Reihen der Arbeitsfront sehr ungewöhnliche Empörung hervorgerufen. Der Nazisoldat attackiert sich selber mit neuen Morodaten. Eine Liste, worauf die prominenten Führer des Reichsbauerns und der KPD, parteilich und Zentrumsarbeiter genannt sind, aktualisiert bei den Mordbanditen. Auf dieser Liste stehen unter anderem das Reichsbauminister Heinrich Helffer, Frei Zander, Zentrumsarbeiter Max Buchberger, unsere Genossen Lorenz Hartig und der parteilose Arbeiter Kroll, Kleinvächter. Auf diese Arbeiter sollen in der nächsten Zeit von Seiten der Nazis Rache füllen und rächen werden. Das ist das Ziel, welches sich die bösigen Nazis gesetzt haben: Niedertrübung der Massenbewegten Arbeiterschaft.

Wir werden dafür Sorge tragen, daß durch entschlossenen antifaschistischen Abwehrkampf die Hitlerpeitsche ihre blutdürstigen Parolen nicht ausführen kann. Alle entschlossenen Arbeiter, gleich welcher Partei, bildet mit uns eine Front gegen die braunen Mordgesellen.

„Kommunisten stören den Silvesterfrieden“

1000 Demonstranten — Die Nazis rufen nach der Polizei — Zungazentrum gegen die Nazis

Frauenstadt. Wir entnehmen der bürgerlichen Presse zu den Vorfällen in der Silvesternacht:

Schon vor 12 Uhr hatte sich in den Hauptstraßen der Stadt, und auf dem Markt eine große Anzahl Menschen angestellt, um das neue Jahr zu erwarten. Als von der Rathausseite die ersten Schläge erklangen, nahmen einige Kommunisten mit Schalmaieninstrumenten und einer Pauke vor dem Rathaus Aufstellung und spielten trocknerverachteten Weihnachtsfriedens die „Internationale“. Der aus dem Markt Anwesenden bemächtigte sich darüber eine große Empörung. Als die diensthabenden Beamten einige der Friedensstörer mit auf die Wache nahmen, spielten die übrigen ungehindert weiter. Die mehrmaligen Verbote der Polizeibeamten wurden nicht beachtet. Die unruhige Menge drängte immer mehr nach dem Rathaus und griff die drei diensthabenden Beamten an. Nur ihrer Notwendigkeit ist es zu verdanken, daß die Ruhe wieder hergestellt wurde. Die Kommunisten marschierten mit „klingendem Spiel“ um das Rathaus. Als die Beamten nochmals eingriffen, zerteilten sie sich auf kurze Zeit, um aber am Kreuz wieder ihre alten Weisen erlösen zu lassen. Nach diesem Vorfall entstanden an verschiedenen Stellen der Stadt größere Ansammlungen, bei denen politische Auseinandersetzungen stattfanden. Hierbei kam es jedoch zu keinen ernsten Zusammenstößen. Es ist zu erwarten, daß auf Grund der verschärften Strafbestimmungen der Notverordnung die „Moskau-Jünglinge“ die wohlverdiente Bestrafung erhalten.

In der Silvesternacht wurde wiederum eine große Anzahl Fenster und Schaufenster mit Zetteln politischen Inhalts belebt. Sowohllich gelingt es, die Täter zu ermitteln. Dem Inhalt nach kommen nur Kommunisten in Frage.

Schame! Berichterstattung! Querji schreibt man, daß die „Männer“ die Kommunisten sehr „verbündet“ gewesen wären, die „Filen“ weiter schützt die „emporende Mass“ die Kommunisten. Ja, ja, in Bürgerlicher Schmolz hat Stil! —

Wie uns mitgeteilt wird, nahmen an diesen Feierabend 1000 Menschen teil.

Dieser Vorfall hat eine Reihe weniger Rassialltagssachen ausgelöst. Brem wütenden Kommunistenluft zu machen. Polizei erwartet der Naziführer Witoschke seine SA-Porte. Die von den Nationalsozialisten hofften, hätten in dieser Silvesternacht die Polizei-Massen total verloren. Tatsächlich die autoritärer 1000-Demonstrationen standig riefen „SA — heraus!“ fanden es sie doch nur so rauslüstigen Purischen nicht für angebracht, ihren Wut gegen die Arbeiterschaft zu demonstrieren. Der Naziführer Hoffe möchte nun auch seinem bedrohten Herzen Luft. Er lädt in der Zeitung „a. folgendes“:

Ossener Brief an den Landrat Herrn Dr. Heinrich.

Die Vorfälle in der Silvesternacht — werüber an anderer Stelle berichtet wird — geben zu folgenden Feststellungen Anlaß. Für den Herrn Reichensteiner Dr. Brünig notwendigste „Weihnachtsfeiern“ hat sich, wie von uns Nationalsozialisten vorausgesagt wurde, als großer Alptraum erwiesen. Man kann nicht auf der einen Seite einen Frieden herstellen, wenn man auf der anderen Seite für die Durchführung dieser Verordnung nicht sorgen kann. So kam es auch in Frauenstadt zu kommunistischen Demonstrationen. Die Schalmaientafeln der Proletarischen Kunstvereinigung lästeten in Frauenstadt Einwohnern die „Internationale“ mit quälendem Lärm und Paukenbläser, trockner Weihnachtsfrieden vor. Die drei Polizeibeamten, die durchaus ihre Pflicht taten, waren der tobenden Polizei gegenüber vollständig machtlos.

Herr Landrat! Die Einwohnerschaft Frauenstadt hat ein großes Interesse an der Rauhvorortung folgender Fragen:

1. Hatten Sie für die Silvesternacht Vorbereitung getroffen, daß derzeit genugend Verstärkung der Polizei zur Verfügung stand? Ich habe Sie, sowie die Polizeipräsidium um 0:30 Uhr telefonisch angerufen. Leider vergeblich. Die Polizeiwache hat noch keinen Besuchungen vergeblich verucht. Unterstützung zu erhalten, usw.

An anderer Stelle geht es über die Tats. bei der Tötende Tentone heißt es in Wut, daß die christliche Jungarbeiterchaft diese Nazis etwas aufgesetzt.

Kommunistische Jugend und Deutsche Jugendkraft, so ungemein es mögen mögen, sind in Disziplinslosigkeit ein- und dasselbe. Da ich behaupte, daß einige junge Leute der DKE in vieler Beziehung viel schlimmer als Kommunisten sind, haben wir doch festgestellt, daß das Rechnungsamt und Beschädigungen des Ausländerkassen der P.D.A.P. auf der Breiten Straße in drei Fällen von Mitgliedern der DKE geschehen ist.

Willigen Sie das Verhalten der DKE oder wollen Sie Ihnen danken, den Sie vielleicht dort noch besitzen, gegen die Disziplinslosigkeit geltend machen?

Glauben Sie nicht, daß Ihr Einstellung über die Reichshauptstadt nach die letzte Notverordnung und 75 Prozent der Einwohnerchaft

In drei Zeilen

Selbstmord eines Siebzehnjährigen

Waldenburg. Auf der Reinhard-Günter-Schule wurde innerhalb der Leistungsfähigkeit Liebhau, bei der am Dienstag nachmittags der 17 Jahre alte Bergsteigerlehrer Otto Kroll aus Freiburg vom Schnellzug überfahren. Der Untergang des jungen Mannes wurde in zwei Teile zertrümmert.

In einem 14 Meter hohen Brunnen ertrunken

Niebam. Der seit einigen Tagen vermisste Betriebsleiter Horne wurde jetzt als Leiche aus einem 14 Meter tiefen Brunnen auf dem Fabrikgrundstück von Hesse geborgen. Es ist Zeitpunkt anzunehmen

Eine Brauerei überfallen

Striegau. Am Dienstagvormittag die 70 Jahre alte Frau von Schlesien ein Haus in der Ziegelstraße betrat, folgte ihr ein junger Bursche. Er entriss ihr plötzlich die Haarschäfte und warf sie ihm zu, ehe Hilfe zur Stelle war. Die Beute beträgt 10 RM. Bargeld und einige Kleingegenstände.

Wer gegen die Winterhilfe

mediert, wird „zur Rechenschaft gezogen“

Stöbel. Wie in allen anderen Orten, so bemühte sich auch die bösige Gemeindeverwaltung, Winterhilfe zu schaffen, um die „Rot zu lindern“. Der allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Schifferkammer, die evangelische Frauenhilfe, Arbeiterwohlfahrt und der städtische Verband sind die Träger der Winterhilfe. So mancher langjähriges Wahlfahrerwerblos, der den Thorden der Wohlfahrtsbringer noch glaubte, ist um eine Erfrischung reicher geworden. Der übergrößte Teil der Unterstützungsempfänger hat mit dem Urteil über die Winterhilfe nicht hinterhingenommen. Im öffentlichen Aushang wird bekannt gegeben, daß die Winterhilfe eine „gerechte Verteilung vorgenommen hat“. Wer dagegen mehrere oder die Winterhilfe beleidigt, soll zur Rechenschaft gezogen werden. Die klassebewußte Arbeiterschaft von Stöbel verzichtet auf die alten Lumpen und läßt in den Reihen der roten Einheitsfront am Arbeit und Brod.

Die Mietbeihilfe für die Arbeitslosen ist bisher nur in unzureichendem Maße bewilligt worden. Einzelnen Mietern in den Gemeindewohnhäusern hat man „prozungig“ einen Monat Miete erlassen. Hätte man die zu Unrecht bezogenen Beträge, die der Gemeindevorsteher eingezahlt hat, verwandt für eine Winterbeihilfe für die Wohlfahrtsempfänger, so wären für jeden Unterstützungsempfänger ein paar Mark vorhanden gewesen. Daß die bösige SPD-Gemeindevertretung kein Vorkommen für die Rot der Erwerbslosen hat, ist zur Kenntnis gewonnen. Die SPD, die die Interessen des Geldiects vertreten kann nicht die Anerkennung der Arbeiterschaft verbieten.

Mit Gewalt versuchen diese Leute durch allerhand Schmierereien den SPD-Arbeiter von den Versammlungen der KPD fernzuhalten. Doch diese Arbeiter wird man nicht für alle Zeit beschwindeln können. Die Rot, das Elend wird diese Arbeiter den Weg zu uns finden lassen. Wir werden in den nächsten Tagen eine öffentliche Versammlung veranstalten, und kein SPD-Arbeiter läßt sich durch die Parolen der KPD-Führer von dem Besuch der Versammlung abhalten.

Wie die Mietsentung aus sieht!

Greifswald. Es zeigt sich abzusehen, daß es eine Bedrohung ist, die die Hölle der Mietsentung ist, für die Mietern aufzuhören. Es ist kein einziger Schlosser und nur der Vermieter mit den abgedeckten Zahlen bleibt übrig. Die berühmte Ausdehnungskunst Wulff demonstriert ein anderes Beispiel, wie es mit der Preiselation aussieht. Die Firma in die erneut, wenn es geht gebraucht, aber die Firma in der Praxis fortzuführen. Wulff hatte bis vor kurzem diesen Jahren die 40 Häuser, zum Teil mit kostspieligen Mietern, gehabt. Er verlangt für seine Puppenstuben im Durchschnitt 31 Mark monatlich Miete. Die Hauer sind von kleinen Wohndiensten bespannt und von Arbeitern, welche das „Geld“ hatten und haben, beim Ausheiter zu kaufen. Als Erstes soll der Vermieter es und jeder kommt an, daß Wulff mit den Mietern nicht zufrieden war. Aber diese waren zufrieden. Die Leute müssen sich hierzu sehr oft unterstreichen, um nicht wiederholen zu müssen.

Greifswald, den 31. Dezember 1931.

Herrn . . .

Entsprechend der letzten Notverordnung teile ich Ihnen hierdurch weißlich mit, daß sich die Miete der von Ihnen innenhabenden Wohnung ab 1. Januar 1932, wie nachstehend gegeben, nicht vermindert.

Auf dem Hause, in dem Sie wohnen, ruhen folgende Hypothesen:

Hauszinssteuer-Hypothek von 21 000 Mark

Sparkassenhypothek von 10 000 Mark

Für diese Hypothesen werden bisher nur 6 Prozent Zinsen bezahlt, die also bleiben. Da sich die Zinssätze beider Hypothesen durch die Notverordnung nicht ändern, kommt leider auch eine Veränderung der Miete nicht in Frage. Die monatliche Miete für Ihre Wohnung in meinem Wohnhaus beträgt daher 34,45 Mark.

Für Neubauwohnungen ist die Mietentlastung außerordentlich fraglich. Es ist anzuhoffen, daß die Aussetzung der Hypotheken, den Neubauern, zu einem vorwiegend öffentlichen Mietel veranlaßt werden, die weniger als 6 Prozent verlangen und somit eine Mietentlastung überhaupt nicht zu erwarten. Nur in solchen Neubauten, zu denen vorwiegend private Gelder verwendet werden, deren Vermieter mehr als 6 Prozent beträgt oder vielleicht mehr als 10 Prozent, wird dann die Aussetzung und damit auch die Miet-

entlastung möglich sein.

Arbeiter-Somatiker-Kolonie Weißstein

Am Sonntag, den 10. Januar, um 11 Uhr, Monatsversammlung der Weißsteiner-Somatiker, Spuren 1. Der arbeitslose Vorstand erscheint um 15 Uhr an technischer Stelle. Um 16 Uhr ist eine öffentliche Versammlung zu geben.

Den Mietern in solchen Neubauwohnungen muß diese Versammlung der Notverordnung Aufschluß geben, durch Zusammenschluß und Wahl von Mieterausschüssen die Wohnungsgesellschaften und Hausbesitzer unter Druck zu setzen, um eine lösbarbare Mietentlastung zu erreichen.

War Rosle beleidigt

Frauenstadt. Am August 1931 fand in Frauenstadt eine öffentliche SPD-Versammlung statt. In dieser Versammlung referierte der SPD-Vorsitzende Seiffert. Die kommunistischen Abgeordneten im Landtag und Reichstag wurden von dem SPD-Vorsitzenden als „Zementiere“ tituliert. Daraufhin kam aus der Versammlung der Aufruhr und „Wo bleibt Rosle, Ebert, Scheidemann usw., die haben 20 000 Protesten hingeordnet.“ Der verantwortliche Versammlungsleiter schrieze vor Zorn den Genossen Neumann eine Schläge vor, wogegen Seiffert noch einen Saarfunktionär. Der Genosse wurde in den letzten Tagen zu zwei Monaten Gefängnis und 20 Mark Strafzettelstrafe verurteilt. Der Zwischenruf in der betreffenden Versammlung von dem Genossen Neumann nicht gemacht worden. Da der Vorstand die SPD-Geschäftsleiter vor genugend Sorgen stand.

Circus Busch
Heute und täglich 8 + Uhr
Gastspiel
Corsotheater Zürich
Frühling im Wienerwald

Taglich 8 + 14, und 18 Uhr
das Programm der
20 Attraktionen
mit Theresia Renz
der Altmasterin
der Hohen Schule
TEL 2488

Bettfedern
Daunen & Sennets
in reicher Auswahl zu niedrigsten Preisen
Bettfedern-Reinigung
in modernster Anlage. Hund 30 Vis.
Bormeldung
Größere Mengen werden abgeholt
Bettenspezialgeschäft
Berlin Herzog
Breslau, Matthiasstraße 100
(am Waterlooplatz)

Siegessäule
„Union“ Linzitbygrieß Omb.G.
Vier Einheitspreise: 10 Pl. 25 Pl. 50 Pl. 1.— Mk.

Kauf bei
Blasse
Blasse ist billig!
BRESLAU
Nur Graupenstraße 6/10
Pfänderversteigerung
Berliner Platz 2
am Donnerstag, 14. Januar 1932, vor 9 Uhr
Rote Scheine bis Nr. 52 500
Bielungskontrolle Nr. 10.—
Gemeindliches Pfändlebhau der Stadt
Breslau, 6. M. b. S.
Schubert

Einige Schwächen der RGO.-Arbeit

Rede des Genossen Heckert auf der Tagung des Zentralkomitees der RGO.

Wir sehen die Berichterstattung von der bereits abgeschlossenen Tagung des Zentralkomitees der Roten Gewerkschaftsinternationale mit der Rede des Genossen Heckert fort, der zu einigen wesentlichen Schwächen der Arbeit der Revolutionsarbeiter Gewerkschaftsopposition selbstkritisch Stellung nahm. Die Rede ist angelehnt der jüngsten Bewegungen in Deutschland von aktuellster Bedeutung.

Genosse Heckert führte aus:

Genossen! Können wir für die geringere Zahl der Streikämpfe in Deutschland, für den schwächer gewordenen Kampf des deutschen Proletariats in den objektiven Schwierigkeiten der Gegenwart — Vertiefung der Krise, verstärkte Obersetzung der Unternehmer und des bürgerlichen Staates, Verlust der Reformisten — eine Rechtfertigung finden? Keinesfalls. Denn täten wir das, dann würden wir den Standpunkt der Sozialdemokratie vertreten, die da behauptet, daß man in Krisenzeiten keinen Kampf führen könne. Wir würden uns des Namens von Revolutionären nicht würdig erweisen. Die objektiven Schwierigkeiten spielen gewiß eine Rolle, aber die Hauptrolle ist in unseren subjektiven Schwächen zu suchen, in unserem Unvermögen, unter den Arbeitermassen, die noch unter reformistischem Einfluß stehen, mit unserer Arbeit vorzudringen. Statt dessen sagen wir mitunter dem Arbeiter, der nicht weiß, was er machen soll: „Du bist ein Feigling, ein Opportunist, ein Helfer des Reformismus, du willst nicht streiken.“

Genosse Heckert erwähnt als Beispiel einen Großbetrieb mit 1800 Arbeitern, wo er einen Bericht erstattete und wo von den amtierenden Funktionären der Ortsgruppe kein einziger sich zu einer so hochaktiven Frage, wie der Vorbereitung des Metallarbeiterstreiks, äußern wollte. Dieser Fall steht nicht vereinzelt da. Was soll man dann von den Arbeitern verlangen, wenn die Vortragsrede selbst so schwach ist? Das ist die subjektive Schwäche, die uns hindert, den Kampf breit zu entwickeln und zu führen. Unsere Genossen in den Betrieben sind nicht genügend geschult, um die Arbeiter führen zu können. Man muß bedenken, daß die alten Parteimitglieder aus den Betrieben hinausgeworfen wurden, die neuen Kräfte aber sind fast durchweg nicht länger als ein halbes Jahr in der Partei organisiert. Sie haben noch keine Erfahrung, sie sind noch nicht imstande, die Arbeiter zu führen.

Genosse Heckert spricht ausführlich darüber, wie man an die Arbeiter in den Betrieben herantrete muss, um sie für den Kampf zu gewinnen, und er nennt verschiedene Beispiele (Stahlwerk in Hennigsdorf, Siemens-Werke in Berlin usw.), wo es durch eine eichtige Taktik gelang, die reformistischen und christlichen Arbeitnehmer in die Kampfleistungen einzubeziehen und den Streik auszulösen.

Genosse Heckert schildert die Arbeitsbedingungen in den Betrieben und stellt fest, daß die RGO-Anhänger nicht genügend an die Notwendigkeit denken, ihre Methoden mit diesen Bedingungen in Einklang zu bringen. Die Unternehmer im Verein mit der Polizei und den Reformisten werben revolutionäre Arbeiter auf die Straße. Daraum kann es durchaus nicht gebilligt werden, wenn man unnötigerweise seine Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei und zur RGO, an die große Glorie hängt und Versammlungen unserer Anhänger in Lokalen abhält, wo die Polizei Zutritt hat und alle Anwesenden notiert, woraufhin sie gleich am nächsten Tag auf der Straße liegen. In der heutigen Situation der Faschierung des bürgerlichen Staates muß man die legalen Kampfmethoden verständnisvoll mit halblegalen und auch mit illegalen verbinden können.

Zur Organisierung der Erwerbslosenbewegung sagt Genosse Heckert, daß die RGO, auf diesem Gebiet große Fehler gemacht hat. Wir haben geglaubt, daß die Erwerbslosen ganz mit uns gehen. Wir haben uns nicht die Mühe genommen, gewählte Erwerbslosenausschüsse zu schaffen. Ein paar Genossen versammelten sich und erklärten sich selbst zum Ausdruck. Wir haben geglaubt, in der Organisierung der Erwerbslosenbewegung das Monopol zu besitzen, und darum haben wir keine große Aktivität an den Tag gelegt. Auf einmal hat es sich gezeigt, daß

unser Monopol auf schwachen Füßen stand. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um unseren Einfluß zu erhalten. Folgendes Beispiel charakterisiert unsere Passivität: In Frankfurt am Main ist ein Faschist in den Gewerkschaftsausschuss hineingeschritten. Während unsere Genossen ihre Zeit verloren und nicht daran dachten, die Arbeit in Angriff zu nehmen, konnte dieser Faschist 1909 Gewerkschaftsregister registrieren.

Genosse Heckert spricht über die Arbeit unter den Frauen und Jugendlichen und führt Fälle an, die den Beweis erbringen, daß die RGO, auf diese Arbeit nicht genügend Gewicht

legt. Unter den Faschisten bilde die Jugendlichen einen großen Teil aus. Ihre breite Arbeit darf nicht fehlen. Wie ist das zu erklären? Deutlich, daß der Jugend in dieser Periode ein breites Feld für ihrer Entwicklung eingerichtet ist. Sie kann dort ihre Initiativen entfalten und aktiv arbeiten. Solange wir unserer Jugend diese Voraussetzungen nicht geschaffen haben, werden wir keinen breiten Zustand der Jugendarbeiter erleben.

Zum Schluß spricht Genosse Heckert über die Wichtigkeit der breit entwickelten Selbstkritik für die Festigung der RGO-Arbeit. Der letzte Brief der Roten Gewerkschaftsinternationale an die RGO, der die Schwächen und Mängel der revolutionären Gewerkschaftsbewegung Deutschlands analysierte, war der Ausgangspunkt einer breiten Kampagne der RGO, zur Prüfung ihrer Arbeit. Ein spezielles Rundschreiben wurde aus diesem Auftrag herausgegeben, und alle Kettenglieder der RGO, einschließlich der Betriebsgruppen haben zu diesem Brief Stellung genommen. Auf der Basis der Selbstkritik und der breiten innergewerkschaftlichen Demokratie tut die RGO ihr Bestes, um die bisherigen Mängel ihrer Arbeit zu überwinden. (Appl.)

Streiks und Bauernkämpfe in Polen

Zuspitzung der Lage in den Betrieben und auf dem Lande

Warschau, 5. Januar. Während die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag wächst, haben die Unternehmer, unterstützt von den Sozialfaschisten und den Gewerkschaftsbürokraten, mit einer neuen Wohnbauoffensive eingelebt.

In Polen und in einigen anderen Industriestädten sind bereits Teilstreiks im Gange und man steht unmittelbar vor einem Generalstreik der Textilarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter.

Die Lage der Bauernmassen nimmt einen geradezu katastrophalen Charakter an. Die Abnahmefähigkeiten an landwirtschaftlichen Produkten sind in einem solchen Maße zurückgegangen und die Preise derart gesunken, daß die Bauern nicht mehr ein noch aus wissen.

Um nur einige Beispiele anzuführen: Der Bauer erzielt auf

dem Markt für ein Pferd, das noch vor einem Jahr einen Wert von 50 bis 70 Mark besaß, heute kaum noch 3 bis 5 Mark, für eine Kuh 5 bis 10 Mark und für ein Schaf höchstens 1 bis 1,50 Mark.

Kein Bauer ist unter diesen Umständen in der Lage, Schulden oder gar Steuern zu zahlen. Die Steuererfüllstände überschreiten eine Milliarde. Die Regierung hat den Bauern daher eine Armee von Vollzugsbeamten auf den Rücken gesetzt. Diese pfänden lässiglos und haben schon zehntausende Bauern wirtschaftlich ruinieren, ohne ihr Ziel zu erreichen, denn der Erlös der gepfändeten Bauerngüter deckt kaum die hierfür aufgewendeten Spesen.

In letzter Zeit nun hat ein aktiver Widerstand seitens der Bauern eingesetzt. Die Bauern richten sich gegen die Vollzugsbeamten und die sie begleitenden Gendarme zur Wehr, und sowohl im Westen als auch im Zentrum und in den östlichen Randgebieten greifen die Unruhen um sich.

Das Verbrechen soll verurteilt werden

Prag, 5. Januar. Wie sehr die tschechoslowakischen Behörden sich mit dem Attentäter Banek identifizieren, geht daraus hervor, daß auf Weisung des Außenministeriums jedwede Stellungnahme in der Presse zum Halle-Banek, die vom Inhalt des amtlichen Kommunikates abweicht, der Beschlagnahme verschafft. Wie weit die Konfiskationspraxis in diesem Fall geht, illustriert die Tatsache, daß in der linksproletarischen Wochenzeitung „Welt am Sonntag“ sogar der Titel zu einem Bild mit dem Wortlaut „Gesandter Hirota, auf den ein Attentat versucht werden sollte“, der Konfiskation verschafft.

Amerikanische Truppen nach Charkow?

Peking, 6. Januar. Die amerikanische Gesandtschaft in Peking hat in einem offiziellen Bericht an Washington mitgeteilt, daß bei den (von den weihgardistischen sowjetseidlichen Elementen angezeigten) Straßenkämpfen in Charkow 1 Chinese und 6 Weihgardisten getötet worden sind, und daß die Vereinigten Staaten „angehört“ der ersten Lage in Charkow die für den Schutz des Lebens und Eigentums der amerikanischen Staatsangehörigen notwendigen Maßnahmen treffen müssten, weil die chinesischen Behörden hierzu nicht in der Lage seien.

Die Provokationen der Sowjetunion im Gebiet der Ostchina-Bahn sollen also weiter getrieben werden. Erhebt mächtvolle Protest!

Genosse Stalin an die Mährdrescherwerke von Saratow

Moskau, 6. Januar. Bei der Inbetriebnahme der Mährdrescherwerke von Saratow, des größten Mährdrescherwerkes der Welt, sandte Genosse Stalin folgendes Begrüßungstelegramm:

„Unseren Gruß den Arbeitern und Arbeitern, dem ganzen leitenden Personal der Mährdrescherwerke! Herzliche Glückwünsche an das Aktiv der Werke und vor allem an die Stoßbrigaden wegen der erfolgreichen Beendigung des Baues und der Inbetriebnahme der Werke. Genossen und Genossinnen! Die Mährdrescher sind für unser Land nicht weniger notwendig als die Traktoren und Automobile. Ich zweifle nicht daran, daß die vollständige Durchführung des Produktionsprogramms der neuen Werke erfolgreich durchgeführt wird. Vorwärts zu neuen Siegen!“

Schnellfeuer auf Demonstranten in Spanien

8 Tote, 32 Schwerverletzte

Madrid, 6. Januar. In Alcala in der Provinz Segovia kam es gestern zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden einer Schuhfabrik und einer Abteilung Gendarmerie. Die Gendarmen erschossen ohne Warnung ein Schnellfeuer auf die zahlreich angewanderte Menge. Viele Personen, darunter vier Frauen und ein Kind, wurden getötet. 32 Schwerverletzte blieben auf dem Platz, darunter zehn Frauen und sechs Kinder.

ASCHARRER
Der große Befreiung

(Copyright by Asch-Verlag, Berlin 1923)

25. Fortsetzung

Kümmel setzte sich stohnend auf einen Stuhl: „Man wird ein alter Knabe, Albert“, meinte er, als hätte er gar nicht gehört, was Clemens gesagt hatte. Doch dann fuhr er, zu Clemens gewandt, fort: „Komm’ dir mal die Hörner ab, wenn du keine mehr hast. Das ist alles nicht so einfach!“ — Aber, wenn du denktst, daß jeder, der eine andere Meinung hat, ein Lümp ist, dann tuß du mit Leid. Ich jedenfalls denke das von Karl und seiner Frau nicht.“

Kümmel sah dann in der Stube umher. „Das glaubt ich, daß man hier im Winter Eisberne fliegen kann,“ sagte er. „Ach ja, ganz elende Stetterdude. Hier kann man ja Eisberne großziehen! — Aber, wenn die Suche klappi, seid ihr in vierzehn Tagen raus. Ich hab’ schon mit dem Dezernenten gesprochen.“

„Meinst du?“

„Ich werd’ mein möglichstes tun!“ Kümmel warf einen flüchtigen Blick zu Clemens. „Ich darf doch hier offen reden, sozusagen einem politischen Gegner gegenüber? Ich möchte mir nicht gern Läuse in den Pelz ziehen?“

„Ich kann ja solange rausgehen, wenn es gar so vertraulich ist,“ antwortete Clemens. Margot wurde zornig: „Quatsch! Wenn wir keine Bude haben sollen, wer soll sonst eine kriegen?“

Kümmel fuhr fort:

„In der Schillerstraße ist eine Wohnung frei geworden. Zwei Stuben und Küche, allerdings ohne Korridor und Nebengeschäft. Aber auf etwas anderes zu warten, ist nicht ratsam.“

„Welche Nummer ist denn das in der Schillerstraße?“ fragte Clemens.

Kümmel besann sich. „Ich glaube 37. Es ist, wenn man von der Bahn kommt, auf der linken Seite, das fünfte oder sechste Haus.“

„Stimmt,“ antwortete Clemens. „Es ist die Wohnung der Genossin Ledermann, die sie in der Rathausstraße vorgeschlagen

haben. Die Kinder sind in die Fürsorge genommen. Die Lösung der Wohnungsfrage ist eigentlich einfach.“

„Ich weiß, aus welcher Richtung der Wind pfeift! Ich würde mich gar nicht wundern, wenn du noch deutscher werden würdest.“ antwortete Kümmel frostig, ergriff wieder eines der Fotos auf dem Tisch und begann wieder von Karl und Helene zu sprechen. Er schüttete bedauernd den Kopf über deren Schicksal.

„Wir wollen hoffen, daß es mit der Amnestie nun doch etwas wird,“ meinte er. „Und daß dann endlich die Vernunft wieder siegt. Denn wenn das so weitergeht mit dieser Herrlichkeit und Selbstzerstörung des Proletariats, dann sorgen die Herren bald wieder oben. Diese hoherjütlste Atmosphäre ist Gift, das reine Gift!“

Albert stimmte begeistert zu. „Ganz meine Ansicht.“ lagte er. „Es muß von allen Seiten klein beigegeben werden. So kann das auf seinen Fall weitergehen, sonst machen sie mit uns was sie wollen!“

Kümmel nickte und redete sich dann in helle Begeisterung hinein.

Nicht daran kommt es an, ein Programm zu verkünden, sondern es zu verwirklichen! Die Arbeiterschaft in bis zum Zusammenbruch von der Mitarbeit am Staate ausgeschaltet gewesen; jetzt müßte sie beweisen, ob sie fähig sei, Neues zu gestalten. Das ginge nicht mit Flinten und Kanonen; denn ein Bürgerkrieg ist der Krieg mit der Entente zur Folge. Die Demokratie sei der Hebel. Ist die Verwaltung in den Händen des Proletariats, kann der Kurs im Interesse der Arbeiter genommen werden. Hier liegt die Macht! Sie muß errungen werden durch Mitarbeit, Ausdauer, Einigkeit.

In dem Bild, das Kümmel entstehen ließ, marschierten mit dem Proletariat die Reichswehr, die Schupo, die Fraktionen der Parlamente, voran der sozialistische Präsident der Republik. Rot und Gelb versanken in die Schatten der Vergangenheit. Kümmel sprach, als spreche er zu Tausenden von Menschen. Er schloß: „Man kann nicht in den Sozialismus hineinspringen. Um ein Ziel zu erreichen, muß man einen Weg wissen und diesen Weg gehen.“

„Wird das eine Freude werden“ — antwortete Clemens nach kurzem Schweigen, „wenn die Großagrarier und Schlotbarone Grund und Boden und Fabriken abliefern und sich zur

Arbeit melden. Wird das ein Fest werden! Weran die alle antreten: Die Kuponschneider vom Kurfürstendamm, die kleinen und großen Schieber, Botenjäger, Direktoren, Geheimen und Wirklich Geheimen Räte und ihre mondänen Welten. Mensch, daran habe ich wirklich noch gar nicht gedacht. Verdammtes!“ Er schüttete bedauernd den Kopf über deren Schicksal.

„Willst du schon gehen?“ fragte Hilde.

„Kannst mich ja ein Stück begleiten, wenn du willst.“ Clemens und Hilde verabschiedeten sich untergehn.

VII.

Vier Wochen später begann der Umzug. Albert und Clemens brachten die Möbel auf einem Handwagen in die neue Wohnung. Albert ging hinaus und sandte den Wirt in der Wohnung vor. Die Tapeten waren heruntergerissen und lagen im Gehöft auf dem Fußboden.

„Hier muß erst mal der Dreck und die Wanzen raus, den die Bande hiergelassen hat“, empfing ihn der Hauswirt Bräckle. „Ich sag mein Haus nicht zu einem Saustall machen.“

Albert verwies auf das Schreiben vom Wohnungsmieter. „Sie stehen doch, daß Sie nicht einzehen können, Mann! So viel Recht, mein eigenes Haus sauber zu halten, werde ich doch wohl noch haben. Traurig genug, daß man es sich von Hinz und Kunz versuchen lassen muß“, belehrte Herr Bräckle Albert von der Stiehleiter herunter. Albert ging auf die Straße, um mit Clemens zu sprechen, der bei dem Wagen stehen geblieben war.

„Das ist ein ganz ausgesuchter Bursche“, meinte Clemens nach kurzem Besinnen. „Weißt Du, wie der spekuliert? Der reißt die Tapeten raus und kauft die Bude an wie einen Kaufhall. Wenn Du Tapeten an den Wänden haben willst, mußt Du sie selbst bezahlen. Und diese Reinigung ist zu gleicher Zeit ein Vorwand für die Sabotage dem Wohnungsauftrag gegenüber. Ziehen wir nun ein, können wir noch seinen Dreck weg machen. Man müßte so einen Kerl — — —“ Clemens sah an der Mauer hoch, als überlege er, in welchem Zustand sich ein Mensch befindet, der vom Fenster des dritten Stockes auf das Pfosten liegt.

(Fortsetzung folgt)

F

Empfehlenswerte Geschäfte von Schlesien

Liegnitz

Trinkt das gute Braukommune-Bier

Braukommune zu Liegnitz

Verlangt die guten Piastenbiere

der Liegnitzer Aktienbrauerei A.-G.

P. Kwiniewitz Burgstraße 50

Schuhreparatur Groß elektr. Betrieb

Pettfedern 1108 Paul Jähner,
Spezialgeschäft Petristraße 5

Kauf nur Stoffe u. Futterstoffen
Herren- und Knabenbekleidung

1981 bei J. Cohn, Ring 23-24

Gasthof

Alt-Beckern

Bäckerei und Konditorei

Borek

1982-1983

Kaufhaus seit 1879
gut und billig Gutfeld

Reserviert

Fritz Weise Marien-
straße 5
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Richard Walther
Gerichtstr. 2 ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Rest. Vergißmeinnicht
Breslauer Straße 19
Treff der Werktagen

Schuhhaus Remane

Carthausstr. 7, am Bahnhof

Deutsches Haus

Arthur Hädewiger, Mittelstraße

Die kleine Bierquelle

FESTSALE Wintergarten

In den Spättag großer Ball

Möve Süßware

Ring Nr. 9-10

ist billig!

Kolonialwaren

Hackenberg

Erlauweg 21

1981

Trinkt mehr Milch

Fruchtdoctor Edelobstweine

Bunzlau

Reformhaus Härtel

Brot-, Käse- u. Feinkostwaren

soziale, gesunde Lebensmittel

Reserviert Nr. 2

Berren- u. Knaben-Konfektion, Schuhwaren

Gustav Scholz, Klosterplatz 4-5

1981

Ernst Reinhold, Stockstraße 19

Bekleidung und Möbel

Reserviert 23

Fischhalle

Bratküche und Speiseraum

Ginadenberger Straße Nr. 52

1981-1982

4481

Sortimentshaus

Theophil Rosenthal

Markt

1981

Leinenhaus

Reinhard Hammerla

Markt

Leinen- und Baumwollwaren

1981 Kleiderstoffe, Wäsche, Trikotagen

Reserviert 22

4481

Sagan

Möbel-Haus

Peterknecht

Keplerstraße 48

1981

Reserviert

1981

Fritz Skupin, Ring 32

Herren- u. Knabenbekleidung

1981

Kauf Eisen u. Eisenwaren

nur bei **J.C.E. Boehm GmbH.**

Alter Ring

1981

Paul Wenger

Markt 20

1981

Komun.-Gesellschaft

Schuhwaren jeder Art

1981

Lederhandlung, Schuhmacherscheideartikel,

Sohlenleder-Ausschüttung

Thiele & Kalbitz

Sorauer Straße 19

1981

Laube's Schuhhaus

Große Auswahl — Niedrige Preise

1981

Bruno Müller

Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren

Frühstückslube, Keplerstraße 8

1981

Musik- und Radio-Haus

Robert Kreitzschmann

1981

Inhaber: **F.W. Schwantje**

Uhr- u. Reparaturwerkstatt — Sorauer Straße 6

1981

F. Rollmann

1981 R. Kubitz, Tel. 374-03004

Uhren, Gold- und Silberwaren,

Optik — Markt Nr. 24

1981

Becker & Co.

Brüderstraße 7 / Elektr. Installation

Beleuchtungskörper und Apparate

1981

Paul Jacob, Markt 31

Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren

1981

Emil Adam Sorauer Straße 7

Kötter, Lederwaren aller Art

1981

Paul Hänsel, Klosterhof 6, Sorauer Str. 22

Nähmaschinen und Fahräder

1981

Kunella-Gold

mit den wertvollen

Kunella-Bons

gibt es nur in den

Kunella-Butterhandlungen

1981

Reserviert

1981

Brot- und Feinbäckerei

Georg Kruschwitz, Fischendorfer Straße 8

1981

Trinkt Mildi und ihr bleibt gesund

Central-Molkerei

1981

Eise Hoffmann, Stadtwiese 2

Damen-, Herren- und Kinderwäsché

1981

Ernestine Hähnel, Nizzaplatz 4

Kleiderstoffe, Damen- und Kinderwäsché

1981

Gustav Budwald, Endwiesplatz Nr. 2

Feinkostküche

1981

R. Sommer, Bahnhofstraße 23

ff. Fleisch- und Wurstwaren

1981

Kauf in der Nizza-Drogerie

Paul Gloge

1981

Besucht das

Saganer Lichtspielhaus

Böberstraße

1981

Moderne Tonfilmühne

1981

Gustav Berthold

Nizzaplatz 2 1981

Feine Fleisch- u.

Wurstwaren

Eigene Küchmaschinen

im Hause

1981

Wäschehaus A. Michaelis

Alter Ring 33

1981

Wäsche Bettleder, Wollwaren, Kinderartikel

1981

Brieg

1981

Wir sind und präzise

reine Rückware kaufen

will, geben wir

Zäckerei Adolf Tesch

Apfelstraße

1981

Der billige

Kürzwaren-Laden

1981

Bach, mini, strasse 25

1981

Reserviert

1981

Glogau

<